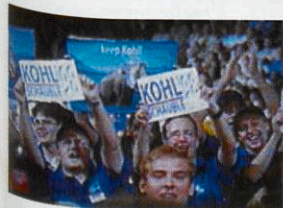


28/1998

Startschuß für den Wahlsieg

Auftakt der heißen Wahlkampfphase

Die Unionsführung mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze hat am letzten Sonntag in der Dortmunder Westfalenhalle die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes eingeleitet.

Generalsekretär Peter Hintze bezeichnete die Veranstaltung vor rund 18 000 Anhängern als „Startschuß für den Wahlsieg 98“ in Bayern wie in Bonn. Unter den „Jetzt geht's los“-Rufen der Unionssympathisanten zeigte sich Hintze überzeugt, daß der Kanzler am Abend des 27. September erneut Helmut Kohl heißen werde.

Aufwärts mit Helmut Kohl

Besonders begrüßte Hintze den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und heutigen Vorstandsvorsitzenden der Jenoptik AG, Lothar Späth: „Die CDU freut sich, daß Sie wieder mit dabei sind.“

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble erklärte, die Bundestagswahl werde ganz klar eine Richtungswahl. Der Bürger müsse entscheiden, ob es weiter aufwärts mit Kohl oder abwärts mit Rot-Grün gehe. Mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder dürfe nicht ausgerechnet derjenige Kanzler werden, der für keine Inhalte stehe.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Wahlkampf

Generalsekretär Peter Hintze: Wir erhöhen jetzt die Schlagzahl täglich. Seite 8

● Jugendbericht

Claudia Nolte: Kindheit in Deutschland ist eine gute Kindheit. Seite 10

● Ausbildung

Konsequente Politik für mehr Lehrstellen. Seite 12

● Bildungspolitik

Wo Rot-Grün das Sagen hat: Bildungsabbau im großen Stil. S. 28

● SED-Vermögen

Etwa 2,6 Mrd. DM konnten endgültig sichergestellt werden. S. 32

● EAK

Wolfgang Schäuble: Was ist Zukunft? Aus dem Vortrag auf dem Diskussionsforum am 17. August. Seite 35

● UiD Extra

Die Bundestagswahl ist auch eine Richtungswahl in der Gesundheitspolitik. Innenteil

Stimmung verbessert sich zugunsten der Union

„Die Union setzt auf Aufschwung und baut darauf, daß sich die Trendwende am Arbeitsmarkt festigt. Erfahrungsgemäß geht damit eine Verbesserung der Stimmungslage einher. Diese Entwicklung paßt in das Konzept vom Richtungswahlkampf:

Gegen das Schreckensszenario eines rot-grünen Bündnisses wird die amtierende Koalition als Garant für Kalkulierbarkeit gesetzt. Hier ist der Schwerpunkt in der Schlußphase des Wahlkampfs zu erwarten.“

(Welt, 13. August)

CDU-Spitzenpolitiker stellen Schröders Mannschaft deutlich in den Schatten

- 55 Prozent der Wählerinnen und Wähler halten nach Umfragen von Anfang August Volker Rühle für den besseren Verteidigungsminister. Nur 27 Prozent bevorzugen Rudolf Scharping.
- 52 Prozent halten Manfred Kanther für den besseren Innenminister. Nur 26 Prozent bevorzugen Otto Schily.
- 46 Prozent halten Norbert Blüm für den besseren Arbeits- und Sozialminister. Nur 27 Prozent bevorzugen Walter Riester.



- 54 Prozent halten Lothar Späth für den kompetenteren Wirtschaftspolitiker. Nur 26 Prozent sehen Jost Stollmann in dieser Rolle.
- Für den Aufbau Ost bevorzugen 64 Prozent den sächsischen Ministerprä-

sidenten Kurt Biedenkopf. Für Rolf Schwanzitz (SPD) sind gerade einmal 11 Prozent.

Helmut Kohl: „Die SPD-Schattenmannschaft galt als der große Schläger. Zunächst sollte sie viel jünger sein als die amtierenden Minister. Jeder sieht, daß das nicht der Fall ist. Sie sollte besser sein. Die Umfragen zeigen jedoch inzwischen deutlich, daß die gesamte Mannschaft weit gegen die Amtsinhaber abfällt.“

Mit fremden Federn schlecht geschmückt

SPD-Kandidat Schröder hat kürzlich in einem Interview gesagt: „Der Aufschwung, den wir jetzt haben, ist mein Aufschwung.“

Allensbach hat daran erinnert und Wählerinnen und Wähler gefragt: Finden Sie, es ist ein Verdienst von Gerhard Schröder, daß es nun wirtschaftlich aufwärtsgeht, oder ist das nicht sein Verdienst, hat das mit Gerhard Schröder nichts zu tun?

„Hat mit Schröder nichts zu tun“ finden 68 Prozent der Befragten, und selbst 54 Prozent der SPD-Anhänger können kein Verdienst ihres Kandidaten am Aufschwung erkennen. Nur neun Prozent bestätigen dessen Einbildung.

Prompt ist er im August bei der Bewertung der Spitzenpolitiker durch infratest gegenüber Juli um neun Prozentpunkte gefallen.

M
W
O
C
H
E
N
E
N
D
E

Lothar Späth

soll nach dem Willen von Helmut Kohl den Vorsitz eines „Beraterkreises für Zukunft und Innovation“ im Bundeskanzleramt übernehmen. Als Jenoptik-Chef hat sich Späth besonders um den Aufbau Ost verdient gemacht.

Kohl im Internet

Bundeskanzler Helmut Kohl wird am 18. September zum erstenmal in einer Online-Konferenz Internet-Surfen Rede und Antwort stehen. Von 12 bis 14 Uhr steht er für Fragen zur Verfügung. Adresse: <http://www.cdu.de>.

Als Renner

hat sich die gemeinsame Wahlplattform von CDU und CSU erwiesen. Innerhalb einer Woche war die 1. Auflage mit 100.000 Exemplaren vergriffen. Circa 200 Einzelbesteller täglich fordern das Programm per e-mail an.

Mal schauen

Peter Hintze: „Wir werden die Debatte über den Bundeshaushalt 1999 Anfang September zu einer großen konzeptionellen Darstellung unserer Politiken nutzen. Und dann werden wir mal schauen, was die Gegenseite zu bieten hat.“

Gurkenpreise

liegen derzeit, wie die zentrale Markt- und Preisreferenzstelle (ZMP) in Bonn mitteilt, deutlich unter Vorjahresniveau. Das Frischgemüse „über“ bietet damit sogar noch den Juli-Stand der allgemeinen „Teuerung“ von 0,9 Prozent.

Matthias Wissmann: Was wir in den nächsten Jahren durchsetzen wollen

1 Umsetzung der großen Steuerreform mit einer Nettoentlastung von 30 Milliarden DM. Dabei muß unser Steuersystem insgesamt einfacher und gerechter werden.
Der Einkommenssteuersatz soll von 25,9 Prozent auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz von 53 Prozent auf 39 Prozent gesenkt werden.

2 Absenkung der Sozialabgabenquote wieder auf unter 40 Prozent. Die Rentenstrukturreform 1999 wird den Rentenzuwachs und den Beitragsanstieg bremsen.
3 Mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt.
4 Mehr Anreize, die die Aufnahme auch einer gering bezahlten Arbeit

für Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe attraktiv machen. Die Einführung eines Kombilohns z.B. ist ein geeignetes Instrument zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt.

5 Flexiblere Arbeitszeiten, damit Produktivitätsspielräume ausgeschöpft werden können.



Foto: Frank Ossensbrink

Fortsetzung von Seite 1

Bundesarbeitsminister Blüm warf der SPD Hochmütigkeit vor: „Bleibt auf dem hohen Roß sitzen, wir kommen – und zwar zu Fuß.“

Späth bezeichnete den Wirtschaftskurs der SPD als „Rangierbahnhof“. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Angela Merkel warf den Sozialdemokraten vor, einen Wahlkampf der besonderen Art zu führen. Ohne die Politik der CDU/CSU-geführten Koalition wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen.

Helmut Kohl bezeichnete Überlegungen über eine große Koalition als Täuschungsmanöver von SPD und Grünen. Eine rot-grüne Bundesregierung würde den Aufschwung und die erkennbare Trendwende am Arbeitsmarkt zerstören. „Es ist die Wahl zwischen Sicherheit und Risiko, zwischen Aufbruch in die Zukunft und Abstieg“, sagte Kohl.

Kohl weiter: „Wir können siegen, wir wollen siegen und wir werden siegen.“

Jetzt geht's los,

skandierten 18.000 CDU-Anhänger in der Westfalenhalle. Ihr Optimismus speiste sich aus einer perfekt inszenierten Show zum Auftakt des Wahlkampf-Endspurtes. Im Wettbewerb der Effekte will die Union das Feld nicht länger den SPD-Strategen überlassen. So wie auf US-Wahlplakaten außer dem Namen des Kandidaten auch der seines Vizes steht, waren in Dortmund Kohl-Schäuble-Schilder zu sehen. Damit ist nicht nur klar, daß die „Amerikanisierung“ weit über die SPD hinausreicht. Es wird auch deutlich, daß die auf Anti-Kohl-Motive eingestellte SPD-Strategie ins Leere laufen könnte.

Wenn die CSU am 27. September einen Sieg einführt, wollen möglicherweise auch im Bund viele bei den Gewinnern sein. Kohls Truppe wirkte gestern frisch, Schröders Stimme ramponiert. Die SPD könnte nervös werden und den runtergeschluckten Groll über das Verdecken der Identität vorzeitig herauslassen.

Rheinische Post

Damit Deutschland auch in Zukunft Weltklasse bleibt

– Kernsätze in Dortmund –

Lothar Späth: Der Osten kann stolz darauf sein, was an Aufbauleistung unter dieser Regierung von Helmut Kohl geschehen ist, und der Westen sollte stolz darauf sein, daß es gelungen ist, eine Billion zu transferieren. Eine Billion zu transferieren, wenn Sie das vor zehn Jahren gesagt hätten, und das mit der D-Mark so hart und der Inflation so niedrig wie nie in der deutschen Geschichte und im Wettbewerb mit den anderen Staaten, da müßten wir eigentlich im Handstand den Bundeskanzler, seinen Finanzminister und alle Beteiligten loben.

Bei Erhard war das Wirtschaftswunder ein Beurteilungsergebnis, nicht ein Wahlprogramm. Das Wirtschaftswunder ist entstanden durch Fleiß, durch harte Arbeit, durch die Bereitschaft der Menschen, von morgens bis abends eine fröhliche Leistungsgesellschaft zu sein.

Ich meine, in schwierigen Zeiten ist besser Verlaß auf die Profis, auf die, die Erfahrung haben. Wenn Sie mich fragen, warum ich dafür kämpfe, daß Helmut Kohl die nächste Regierung führt, dann deshalb, weil ich mich lieber auf einen alten Elefanten mit sicherem Gespür verlasse in Krisenzeiten als auf fröhliche Anfänger, die nicht wissen, wo es lang geht.

Peter Hintze: Wir stehen vor einer großen Richtungswahl. Es geht um die Zukunft Deutschlands. Wir sind für ein Deutschland, in dem man gerne lebt. Wir stehen für Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir wollen keine andere Republik. Nicht Rot-Grün-Dunkelrot – Wir wollen Schwarz-Rot-Gold.

Wir sind ein leistungsfähiges Volk. Wir wollen auch eine Regierung, die Leistung bringt. Was wir uns nicht leisten können, ist einen an der Spitze, der sagt: „Ich bin bereit“, aber überall der Letzte ist, außer beim Angeben. Deutschland hat Charakter. Und einen Kanzler mit Charakter. Das ist unser großes Plus.

„Wir sind bereit“, tönt es von den Sozialdemokraten. Bereit, wozu? Bereit vor allem zu Rot-Grün. Steuern rauf und Strafen runter, Benzin in der Apotheke und Drogen an der Tankstelle, raus aus der NATO und rein in die Einheitsrente. Staatsknete für alle, Schleichzwang für Autofahrer und Samthandschuhe für Verbrecher. Bereit, die Reformen zu zerstören, die uns den Aufschwung gebracht haben. „Ich bin bereit“, ist die größte Drohung, die je auf einem Wahlplakat in Deutschland gestanden hat.

Helmut Kohl: Wir sind eine gute Partei! Wenn heute wieder über 18.000 hierher gekommen sind, ist das ein wichtiges Signal für unser ganzes Land. Ein Signal mit der Botschaft, die von Dortmund kommt: Wir können siegen! Wir wollen siegen! Und wir werden siegen!

Wir stehen für Sicherheit und Verlässlichkeit, und im Übergang, in einer Zeit der Zeitwende ist das Wichtigste für unser Volk Sicherheit und Verlässlichkeit, um Frieden und Freiheit zu bewahren.

Man kann nicht über die Deutsche Einheit sprechen, ohne klar und deutlich zu sagen, die Stabilisierung der NATO, der klare Kurs der Deutschen in der damaligen Bundesrepublik war Voraussetzung für alles, was wir bis heute erreichen konnten.

Heute ist Deutschland wieder in Freiheit vereint. Wir waren und sind die Partei der Einheit! Wir haben die Idee der Einheit der Nation nie aufgegeben. Wir haben sie verteidigt. Andere haben sie verraten. Und die, die sie verraten haben, sind disqualifiziert, uns heute Ratschläge zu geben, was in Deutschland in den neuen Ländern zu geschehen hat.

Radikale von rechts und links dürfen nie wieder in Deutschland Macht in die Hand bekommen.

Stabile Preise und stabile Währung. Das ist die beste Sozialpolitik die man in einem Land überhaupt vorfinden kann.

CDU und CSU stehen dafür, daß der Aufschwung weitergeht, daß neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden die notwendigen Veränderungen durchsetzen.

Wir wollen die steuerliche Belastung von Bürgern und Unternehmern weiter senken. Jetzt muß unter allen Umständen die große Steuerreform kommen.

Für uns heißt es klar: Der Aufbau Ost hat weiterhin Priorität. Wir sind und bleiben die Partei der Einheit. Wir haben nicht nur am 3. Oktober gerufen „Deutschland einig Vaterland“, sondern wir wollen das leben. Es sind blühende Landschaften entstanden, sie entstehen jeden Tag neu, und sie werden weiter entstehen.

Wir, die Union, sind die Partei der europäischen Einigung. Wir bauen gemeinsam das Haus Europa. Der Euro, so wie er jetzt konzipiert ist, ist die entscheidende Chance, daß unser Kontinent wettbewerbsfähig bleibt. Unsere Bundeswehr ist die Armee des Friedens und der Freiheit. Es ist die Armee unserer Söhne, und – auf einen Satz gebracht: es ist die Bundeswehr, die ihren Platz in der Mitte unseres Volkes hat.

Wir wollen, daß Deutschland ein modernes Land ist, wirtschaftlich stark, voller Dynamik, aber auch immer ein Land sozialer Gerechtigkeit. Ganz einfach gesagt,

wir wollen das Deutschland Weltklasse ist und es auch in Zukunft bleibt.

Kurt Biedenkopf: Wir haben finanziell, wirtschaftlich die deutsche Einheit bewältigt und gleichwohl haben wir ein eindrucksvolles Wirtschaftswachstum. Wir wären doch verrückt, wenn wir uns diese großartige Leistung immer wieder von angekränkelten Leuten, von Sozialdemokraten und Kommunisten kaputtreden lassen würden. Wir können doch stolz sein darauf. Wir haben eine Leistung nationaler Solidarität erbracht, für die uns die ganze Welt bewundert.

Der Kern für eine moderne Industriegesellschaft im Osten ist nun vorhanden. Alles in allem ist die ostdeutsche Wirtschaft auf dem richtigen Weg. Die Institute sehen es, die Menschen sehen es, nur die SPD und die PDS sehen es nicht.

All das ist vor allem Ergebnis der Leistung der Menschen selbst. Das müssen wir den Menschen immer wieder sagen. Es war nicht der Staat, der das zustande gebracht hat. Es waren die Bürgerinnen und Bürger, die das zustande gebracht haben.

Es geht ja zur Zeit so eine Art Titanic-Euphorie durch das Land. Wäre Schröder die Titanic, das Schiff hätte den Hafen nie verlassen, denn man hätte sich nicht über das Ziel einigen können. Wäre Helmut Kohl die Titanic gewesen, dann wäre der Eisberg untergegangen.

Norbert Blüm: Die Wahl ist einfach: rot-grüne Konfusionen oder Koalition der Vernunft. Die Wahl ist einfach: Beliebigkeit oder Verlässlichkeit. Die Wahl ist einfach: Helmut Kohl oder Schröder. Helmut Kohl – Garant für Verlässlichkeit und Vertrauen. Gerhard Schröder – schwankendes Schilfrohr, Helmut Kohl – deutsche Eiche.

Deutschland, was willst Du? Rot-grüne Luftschlösser oder eine Politik des Mach-

baren, des Notwendigen, eine Politik mit Augenmaß, eine Politik der Mitte. Rot-Grün, der Wechsel ist nicht gedeckt. Das ist ein Scheckbetrug.

Wer fünf Mark für den Liter Benzin vorschlägt, der hat mit den Arbeitnehmern gar nichts, aber auch gar nichts zu tun. Wer das vorschlägt, kann das Benzin gleich bei der Apotheke auf Krankenschein ausgeben.

Wolfgang Schäuble: Da wird gesagt, 16 Jahre seien lang. Dann wird gesagt, der Helmut Kohl hat es gut gemacht, sagt sogar die Opposition. Danke Helmut. Recht haben sie, nicht alles, was sie sagen, stimmt nicht. Aber einer ist acht Jahre Ministerpräsident in Niedersachsen und hat in diesen acht Jahren die Position von Niedersachsen im Vergleich zu allen anderen westdeutschen Ländern verschlechtert. Und wenn wir die Wahl haben zwischen einem, der es 16 Jahre gut macht und einem, der es acht Jahre schlecht macht, dann nehmen wir den, der es 16 Jahre gut macht für unser Land.

Was die Sozialdemokraten ankündigen, bringt uns nicht voran, sondern wirft uns zurück. Und wir sagen, jeder muß seinen Teil dazu beitragen. Mehr Freiräume für Wirtschaft und Arbeitgeber und Tarifverbände, das bringt uns besser voran. Und weniger Steuern und weniger Abgaben und weniger Bürokratie. Und deswegen brauchen wir die Steuerreform. Wer die Steuersenkung verweigert hat, soll sie jetzt nicht versprechen. Die Sozis können nicht sparen, wenn sie an der Regierung sind. So ist die Wahrheit.

Angela Merkel: Wer, wie Müntefering, in Sachsen-Anhalt den Sozialdemokraten freie Hand gibt und Herrn Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern auffordert, Bündnisse mit der PDS einzugehen, der begeht Verrat an der deutschen Einheit.

1982 ein klares Ja zur Nachrüstung und dies hat, ganz schlicht gesagt, dazu geführt, daß ich heute zu Ihnen sprechen kann. Helmut Kohl ist damals in die neuen Bundesländer gekommen und hat uns alle spüren lassen, ihr, die Deutschen in den neuen Bundesländern, ihr seid uns willkommen. Und dafür danken wir ihm und der CDU und CSU heute noch.

Theo Waigel: Das hier ist die größte Demonstration der politischen Mitte gegen den Marsch in eine andere Republik. 1982 bis 1998 – das waren 16 gute Jahre für Deutschland. Und 16 Jahre Regierung Helmut Kohl waren die besten deutschen Jahre seit 1945.

Von Adenauers Händedruck mit de Gaulle führt ein direkter Weg zu Maastricht und dem, was wir ökonomisch und in der Friedenspolitik in Europa weiter betreiben wollen.

Heute ist Helmut Kohl ein Partner auf der Bühne der internationalen Politik, er ist der Lotse Deutschlands in das nächste Jahrhundert, der Kanzler der Einheit, der Brückenbauer Europas, wir brauchen ihn.

Null Toleranz gegenüber Gewalt, Kriminalität und Drogen. Und gerade angesichts der ungeheurigen Scheußlichkeiten, die auch durchs Internet immer wieder kommen, sage ich mit aller Klarheit: Der Schutz der Kinder, der Schutz der unschuldigen Opfer hat größere Priorität als der Resozialisierungsanspruch der Täter. Wer sich in ungeheurer Weise an Kindern vergreift, wie es leider immer wieder passiert, für den muß lebenslanglich lebenslang sein.

Wir sagen ja zur Nation als unserer Schicksalsgemeinschaft, wir sagen ja zu unserem deutschen Vaterland und wir sagen ja zu Europa als Friedens- und Wirtschaftsgemeinschaft, wir sagen ja zu Gott und zu den Werten des Christentums.

7 Millionen Gespräche für den Wahlkampf '98

Die Unterstützung aller CDU-Mitglieder ist für eine große Mobilisierungsaktion gefordert, zu der Generalsekretär Peter Hintze im CDU-Mitgliedermagazin UNION aufgefordert hat.

Peter Hintze: „Wenn jedes Mitglied zehn Wähler anspricht, so bedeutet dies 7 Millionen Bürgerkontakte.“

Viele Bürgerinnen und Bürger warten nur darauf, von der CDU angesprochen zu werden. Damit dies kurz, verständlich und unaufdringlich stattfinden kann, sind in der neuesten UNION-Ausgabe zehn Karten enthalten, die den CDU-Mitgliedern die Ansprache erleichtern sollen.

Peter Hintze: „Sie können die Karten Arbeitskollegen geben, mit der Post verschicken, sie können Nachbarn aufsuchen, eine entsprechende Nachricht per E-Mail versenden, aber auch ein Telefongespräch führen, die Karten bei einem Canvassing-Stand einsetzen, bei Freunden und Bekannten, manchmal sogar Fremden eine Karte zuschieben, wenn das Gespräch auf die Bundestagswahl kommt.“

7 Millionen Gespräche für den Wahlsieg '98 Alle machen mit!

CDU

Der Aufschwung ist da!
Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt
Der Aufbau Ost hat Priorität
Für einen stabilen Euro
Steuerentlastung für alle

Die Wirtschaft läuft auf vollen Touren. Die Jobmaschine ist angesprungen.
Frage: Wußten Sie schon, daß für 1998 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von drei Prozent erwartet wird?

Kriminalität und Gewaltbereitschaft muß man entschlossen entgegentreten.
Frage: Wußten Sie schon, daß SPD, Grüne und PDS in den letzten Jahren alle Gesetze zur Stärkung der Inneren Sicherheit abgelehnt oder verzögert haben?

Die neuen Länder sind sichtbar aufgeblüht. Gemeinsam wurde viel geleistet.
Frage: Wußten Sie schon, daß in den neuen Ländern das modernste Telefonnetz der Welt geschaffen wurde?

Der Euro kommt. Er wird so stabil wie die Mark.
Frage: Wußten sie schon, daß stabiles Geld auch in Zukunft in Frankfurt am Main gemacht wird?

Um den Aufschwung zu sichern, brauchen wir die Große Steuerreform.
Frage: Wußten Sie schon, daß die CDU mit der großen Steuerreform die Steuern drastisch senken wird?

Jede Nachricht, die verschickt, jede Karte, die verteilt wird, stärkt das Wählerpotential der CDU. Ein zusätzlicher Effekt wird dadurch erreicht, daß über diese Aktion gesprochen wird und die Menschen sehen, daß die CDU kämpft und gewinnen will.“

Generalsekretär Peter Hintze:

Wir erhöhen jetzt die Schlagzahl täglich

Nach unserem gelungenen Wahlkampfstart in der Dortmunder Westfalenhalle geht es jetzt Schlag auf Schlag weiter. Nächster politischer Höhepunkt: die Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag. Bei dieser Gelegenheit werden wir mit Rot-Grün abrechnen, und der Bundeskanzler wird der deutschen Öffentlichkeit seine politischen Perspektiven für die Jahre 1998 bis 2002 darlegen.

Ein wichtiges Medium in der heißen Wahlkampf-Phase ist aufgrund seiner Schnelligkeit das Internet. Schon heute erhalten wir mehr elektronische als gelbe Post.

Sehr beliebt sind unsere Diskussionsforen, die wir im Februar 1996 gestartet haben. Sie sind mit ca. 15.000 neuen Diskussionsbeiträgen monatlich wahrscheinlich die am meisten frequentierten Webforen im deutschsprachigen Raum überhaupt. Ins-

gesamt haben wir im Monat 2 Millionen Zugriffe auf unser Informationsangebot.

Um das Interesse an der CDU im Internet noch weiter zu steigern, haben wir rechtzeitig zur CEBIT-Home, auf der wir mit einem eigenen Stand vertreten sind, ein Relaunch, ein neues Seitenlayout mit neuen attraktiven Segmenten.

Wer bis zum 27. September die Homepage in unserem Internet aufschlägt, findet neben wahlkampfspezifischen Informationen auch Animationen unserer Wahlplakate. Die Weiterentwicklung unserer Plakatmotive zum sog. Bewegtbild findet gerade bei jüngeren Nutzern des Internets großen Anklang.

Im Wahlkampf-98-Fenster schütteln sich z. B. die roten Hände kräftig, und der inzwischen überall bekannte „Kohlifant“ prustet fröhlich Wasser aus dem Rüssel.

	<p>Wir sind bereit SPD</p>  <p>PDS</p>		<ul style="list-style-type: none"> • Helmut Kohl • Plakate • Wahlplattform • Erstwähler Infos • Videos • Kandidaten • Politische Geener
<p>keep Kohl!</p>		<p>Wahlkampf</p>	<p>98</p> 
			<p>Klicken Sie die Animation zum Download eines Zipfile.</p>

In dem neugestalteten Wahlkampf-98-Fenster schütteln sich die roten Hände kräftig, und der inzwischen überall bekannte „Kohlifant“ prustet fröhlich Wasser aus dem Rüssel. Diese Weiterentwicklung unserer Plakatmotive zum sog. Bewegtbild findet gerade bei jüngeren Nutzern des Internet großen Anklang.

Der großen Zahl noch unentschlossener Wählerinnen und Wähler entspricht die große Nachfrage nach Informationen, nach Zukunftsprogramm und Wahlplattform. Auch damit können wir über das Internet auf schnellstem Wege dienen. Jede gewünschte Information kann entweder direkt auf dem Bildschirm gelesen oder ausgedruckt werden.

Wir haben ein spezielles Angebot für die jungen Wähler von übermorgen, von denen wir wissen, daß viele im Internet häufiger als ihre Eltern surfen. Das Angebot enthält Themen wie „Wählen, aber wie?“ oder „Wie funktioniert das überhaupt?“

Wer sich über unsere Bundestagskandidaten informieren möchte, findet auch sie alle im Internet. Man wählt sein Bundesland, seinen Wahlkreis und erhält mit Foto und Lebenslauf sofort den Kandidaten, den man sucht.

zu erreichen. Über diese Infoline sind viele politische Informationen erhältlich. Man kann sich Briefwahlunterlagen zusenden lassen, Informationen über einzelne Kandidaten erhalten und im direkten

Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus

Gespräch alles, was den Anrufer an unserem Wahlkampf interessiert, erfahren.

Die Firma b u. w Telefonmarketing in Osnabrück mit einem jungen Team unterstützt uns dabei. 1997 wurde sie mit dem Prädikat „Studentischer Existenzgründer“ ausgezeichnet, das unter der Schirmherrschaft von Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers verliehen wird.

Wir werden darüber hinaus im Konrad-Adenauer-Haus moderne ISDN-Telefone

Informationen zur Wahl '98
CDU-Infoline:
0180-5-2000

Erstmals in der Geschichte von Wahlkämpfen wird der Bundeskanzler im Internet am 18. September eine Online-Diskussion führen. Von 12 bis 14 Uhr ist Bundeskanzler Helmut Kohl live im Internet.

Die CDU-Infoline

Seit gestern sind wir wie im letzten Wahlkampf auch wieder direkt am Ohr des Wählers. 24 Stunden täglich, 7 Tage die Woche sind wir unter der Telefonnummer

0180/5-2000

installieren, die ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer bedienen werden. Auch prominente Politiker werden wieder am Telefon sitzen und mit Bürgerinnen und Bürgern sprechen.

Auf drei Wegen,

- dem Fernsehen ● dem Internet
- und ● dem Telefon,

werden wir also unseren elektronischen Wahlkampf führen, dabei die Schlagzahl Tag für Tag erhöhen und dafür sorgen, daß wir am 27. September den Höhepunkt der Zustimmung erreichen. ■

Kindheit in Deutschland ist eine gute Kindheit

Bundesjugendministerin Claudia Nolte hat am 25. August den Zehnten Kinder- und Jugendbericht veröffentlicht, nachdem das Bundeskabinett die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Bericht der Sachverständigen beschlossen hatte.

Der Bericht untersucht die Lebenssituationen von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfe in Deutschland. Erstmals befaßt sich ein Jugendbericht ausschließlich mit Mädchen und Jungen der Altersgruppe

Bundesjugendministerin Claudia Nolte stellt den Zehnten Kinder- und Jugend- bericht vor.

unter 14 Jahre. Neben einer Bestandsaufnahme und einer Analyse hat die unabhängige Jugendberichtscommission Vorschläge für die Weiterentwicklung der Kinderhilfe unterbreitet.

Die Ministerin wies mit Nachdruck Vorwürfe zurück, daß der Bericht zurückgehalten werden sollte. Die Veröffentlichung der Stellungnahme der Bundesregierung wäre früher möglich gewesen, wenn die Kommission ihren Sachverständigenbericht wie vereinbart im Sommer 1997 abgegeben hätte. Die Sachverständigen hatten zweieinhalb Jahre Zeit. Vor diesem Hintergrund konnte von der Bundesregierung nicht erwartet werden, daß sie die Stellungnahme zu diesem umfangreichen Werk innerhalb weniger Wochen fertigstellt.

In vielen Punkten stimmt die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme den Aussagen

und den Empfehlungen der Sachverständigenkommission zu. An einigen Stellen erläutert sie ihre abweichende Position.

Bundesministerin Claudia Nolte: „Ich teile das Urteil der Sachverständigen, daß Kindheit in Deutschland als eine gute Kindheit betrachtet werden kann – zum Beispiel weil Kinder gesund aufwachsen können, ihnen Spielplätze, Kindergärten und Schulen offenstehen.

Kinder sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft, sie brauchen optimale Bedingungen für ihr Aufwachsen. Wir leben in Deutschland nicht in einer kinderfeindlichen, aber in einer kinderentwöhnten Gesellschaft. Um hier entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren für Familien und Kinder zahlreiche Verbesserungen durchgesetzt.

1997: Fast 77 Milliarden DM für Familienleistungen

Allein in dieser Legislaturperiode haben wir den Familienleistungsausgleich aus Kindergeld und Kinderfreibetrag um rund 35 Prozent auf 50 Milliarden DM erhöht. Die Familienleistungen des Bundes betragen in 1997 fast 77 Milliarden DM. Wir haben dafür gesorgt, daß die Erziehungsleistung bei der Rente stärker anerkannt wird. Wir haben in einem Arbeitsprogramm mit vielfältigen Maßnahmen den Schutz unserer Kinder vor sexuellem Mißbrauch und vor Kinderpornographie verbessert sowie Schritte gegen Kindersextourismus ergriffen. Wir haben die

Prävention gegen Kinder- und Jugendkriminalität verstärkt. Wir haben die Rechte von nichtehelichen Kindern durch das neue Kindschaftsrecht gestärkt. Und wir haben die Kinderbetreuung durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ausgebaut.

Wir müssen unsere Bemühungen um mehr Kinderfreundlichkeit mit aller Kraft fortsetzen. Ich fordere deshalb Eltern, Erzieher, Nachbarn, aber auch Verbände, Gewerkschaften und die Medien auf, daran mitzuarbeiten, daß unser Land in Sachen Kinderfreundlichkeit weiter vorankommt.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir die familienpolitischen Leistungen im Rahmen der Haushaltsspielräume weiter verbessern.“

Die Aussagen der Jugendberichtskommission über einen Anstieg von Kinderarmut wies Frau Nolte entschieden zurück. Das von der Kommission zugrunde gelegte Maßkonzept, das eine „Armutsschwelle“ bei der Hälfte des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung annimmt, sei zur Messung von „Armut“ ungeeignet. Würden sich bei dieser Definition alle Einkommen verdoppeln, wäre trotzdem die Armut unverändert hoch.

Gleichsetzung von Armut und Sozialhilfebezug nicht akzeptabel

Claudia Nolte: „Zwischen 1984 und 1994 hat das durchschnittliche Nettoeinkommen in den alten Bundesländern um rund 50 Prozent zugenommen. Auch das reale Einkommen der einkommensschwachen Haushalte ist gestiegen. Die von der Kommission vorgenommene Gleichsetzung von Armut und Sozialhilfebezug ist ebenso nicht akzeptabel. Insbesondere kann die ansteigende Zahl der Sozialhilfeempfänger

ger dann kein Hinweis auf wachsende Armut in unserer Gesellschaft sein, wenn durch Leistungsverbesserungen der Kreis der Leistungsberechtigten ausgeweitet wird.“

Nach den Ergebnissen einer Untersuchung des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim auf der gleichen Datenbasis, die die Jugendberichtskommission heranzieht, lag der Anteil der Kinder und Jugendlichen in einkommensschwachen Familien (weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens) in Westdeutschland 1996 nach wie vor deutlich unter den Werten von Anfang der 80er Jahre.

Höhere Nettoeinkommen auch in den neuen Ländern

Claudia Nolte: „In Ostdeutschland haben sich die Einkommensverhältnisse ebenfalls seit der Wiedervereinigung deutlich verbessert. Das reale Haushaltsnettoeinkommen hat sich allein von 1990 bis 1994 verdoppelt. In den neuen Bundesländern lag der Anteil der Kinder und Jugendlichen in einkommensschwachen Haushalten 1996 nach wie vor niedriger als in den alten Ländern.“

Die Ministerin stellte fest, daß es in Deutschland Menschen gebe, auch Familien mit Kindern, die sich – etwa durch Arbeitslosigkeit – in sozialen Problemlagen befinden und die der öffentlichen Hilfe und Unterstützung bedürfen. Armut gebe es etwa dort, wo Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen wird. Trennung und Scheidung der Eltern sowie hohe Zuwanderungszahlen seien wesentliche Ursachen für den Anstieg der Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe. Aber dies seien Umstände, die der Staat selbst nicht zu verantworten habe. ■

Konsequente Politik für mehr Lehrstellen

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hängt von gut qualifizierten Arbeitnehmern ab. Deshalb ist es erforderlich, allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu eröffnen.

Die Zahl der Schulabgänger wird sich bis zum Ausbildungsjahr 2004/2005 kontinuierlich erhöhen. Gleichzeitig gibt es einen ungleichen Ansturm auf Lehrstellen, da einige Berufe beliebter sind als

andere. Manche Jugendliche bekommen keine Lehrstelle, weil es für ihre spezielle Begabung keine passende Ausbildung gibt. Viele Betriebe bilden nicht aus, da in bestimmten Bereichen ein spezielles Berufsbild nicht mehr existiert oder die Betriebe auf dem Arbeitsmarkt Mitarbeiter mit einem Qualitätsprofil suchen, welches sie bei Auszubildenden nicht finden.

WEST			OST	
1997 Anzahl der Lehrstellen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent		1997 Anzahl der Lehrstellen	Veränderung zum Vorjahr in Prozent
223.007	7,4	Industrie u. Handel	63.187	4,5
164.225	-0,5	Handwerk	47.346	-5,5
12.920	2,1	Öffentlicher Dienst	3.600	10,7
11.395	6,4	Landwirtschaft	4.109	14,4
46.696	-6,1	Freie Berufe	6.379	-0,3
3.417	-0,8	Hauswirtschaft	1.060	-11,8
140	-5,4	Seeschifffahrt	8	700,0
461.800	2,8	Insgesamt	125.698	0,5

Daten: Bundesinstitut für Berufsbildung, Juni 1998

Die SPD favorisiert ein Abgabenmodell, das ein überzogenes Verwaltungsverfahren nach sich ziehen würde. Dazu müßten in jedem der 181 Arbeitsämter fünf neue Mitarbeiter eingestellt werden. Die CDU setzt dagegen auf ein Bündel von Maßnahmen, das die Arbeitskosten nicht nach oben treibt. „Mehr Ausbildung mit den Betrieben und nicht gegen sie!“ lautet die Devise.

Die Politik der CDU-geführten Bundesregierung zur Schaffung neuer Lehrstellen

muß weiter konsequent fortgesetzt werden, um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können.

Wir haben gehandelt

Modernisierung der Berufsbilder fortsetzen

Im Jahre 1995 begann der kräftigste Modernisierungsschub seit dem Berufsbil-

dingungsgesetz von 1969. Bis 1997 wurden 56 Berufe modernisiert und 23 neue geschaffen. Am 1. August 1998 sind weitere 18 bzw. 11 hinzu gekommen. Die Schwerpunkte liegen besonders in den Bereichen Dienstleistung und Multimedia.

„Die duale Berufsausbildung muß anpassungsfähig bleiben, indem rechtzeitig neue und modernisierte Berufsbilder entwickelt werden, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegeln.“

**Zukunftsprogramm der CDU,
Beschluß des 10. Parteitages der CDU
vom 17. bis 19. Mai 1998**

Anwesenheitszeit der Lehrlinge im Betrieb erhöhen

Das Jugendarbeitschutzgesetz wurde im Jahre 1997 novelliert. Nun kehren rund 400.000 erwachsene Lehrlinge nach der Berufsschule nachmittags wieder in den Ausbildungsbetrieb zurück.

Die CDU fordert von den Bundesländern eine flexiblere Organisation des Berufsschulunterrichts, damit die Lehrlinge länger im Betrieben bleiben und es so für die Betriebe attraktiver wird, Lehrlinge einzustellen.

Mehr Ausbildungsbetriebe gewinnen

Oft fehlt in neuen Beschäftigungsfeldern, aber auch in Betrieben von ausländischen Selbstständigen, eine gewachsene Ausbildungskultur. Deshalb wurde die Ausbildereignungsverordnung novelliert, indem die Voraussetzungen vereinfacht wurden, nach denen ausgebildet werden kann.

1998 wurde die Aktion „Ausländische Betriebe bilden aus“ ins Leben gerufen. Mittelfristig könnten hier bis zu 11.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Initiative „Ausbilden – wir machen mit“ legt besonderen Wert auf die Schaffung von Verbänden, um es kleineren Betrieben dadurch zu ermöglichen, zusammen mit Partnern Lehrstellen anzubieten.

Lehrstellenentwickler arbeiten erfolgreich

Mit dem Sonderprogramm „Lehrstellenentwickler in den neuen Ländern“ konnten von Juli 1995 bis September 1997 rund 31.750 Lehrstellenzusagen erzielt werden. Die Programme „Ausbildungsberater“ und „Lehrstellenwerber“ werden ebenfalls 1998 weitergeführt.

Aufgrund dieses Erfolges wird das Programm bis 2001 fortgeführt. Die Aufgabe eines Lehrstellenentwicklers ist es, den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern. Sie stehen unter anderem zur Verfügung bei der Einrichtung von Ausbildungsverbänden, bei der Beschaffung von Ausbildungsmitteln, bei der Qualifizierung der Ausbilder und unterstützen auch neue Betriebe, die ausbilden möchten.

Mit dem Aktionsprogramm Lehrstellen Perspektiven schaffen

Im Jahre 1997 vereinbarten Bund und neue Bundesländer eine Förderung von zusätzlichen 15.000 Arbeitsplätzen. Der Bund finanziert rund 200 Millionen DM.

Für 1998 werden 17.500 zusätzliche Ausbildungsplätze in den neuen Ländern geschaffen, also 2.500 mehr als im vorherigen Jahr. Für den Zeitraum von 1993 bis 2000 werden vom Bund 1,4 Milliarden DM für mehr Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern eingesetzt, gemeinsam mit den Mitteln der Bundesländer sind es dann 2,2 Milliarden DM.

Mit Meister-BAföG Chancen eröffnen

In den nächsten zwei Jahren werden ca. 700.000 Betriebsnachfolger in der deutschen Wirtschaft gesucht. Durch das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“) von 1996 zur finanziellen Förderung leistungsbereiten Nachwuchses konnten bis zum Jahre 1998 über 500 Millionen DM zur Unterstützung eingesetzt und mehr als 60.000 Menschen gefördert werden.

Über „Studien- und Berufswahl online“ sind Studiengangbeschreibungen von A wie Architektur bis Z wie Zahnmedizin sowie Links zu Job-Börsen, Tips für Bewerbungen und zum Berufsstart, Informationen für Existenzgründer enthalten. Das Angebot von „Studien- und Berufswahl“ wird komplettiert durch eine Praktikumsbörse, Angebote für Trainee-Plätze und Informationen zu verschiedenen Wettbewerben.

Die Internetadressen für „Studien- und Berufswahl online“ lauten:

<http://www.studienwahl.de>

<http://www.berufswahl.de>

<http://www.bildungsserver.de>

Anerkennung praktischer Begabungen gefördert

Um Jugendlichen mit mehr praktischer Begabung ein größeres Maß an Möglichkeiten bereitstellen zu können, werden neue Ausbildungsberufe in diesen Bereichen entwickelt. Dazu gehören unter anderem Gerüstbauer, Naturwerksteinmechaniker und neue Berufe in der Metall- und Elektroindustrie sowie weitere modernisierte Berufsausbildungen im Gastgewerbe und in der Bauwirtschaft.

Durch die Änderung der Lehrlingsprüfungsbestimmungen ist es nun möglich, daß ein Lehrling ein Zertifikat, den sogenannten „**Kleinen Gesellenbrief**“, erhält, der über die bestandenen Teile der Prüfung Auskunft gibt.

Im öffentlichen Dienst werden mehr Ausbildungsplätze geschaffen

1997 steigerten die Bundesministerien ihre Ausbildungsleistungen in Ausbildungsberufen um 10,6 Prozent. Insgesamt wurde in der Bundesverwaltung eine Steigerung von 6,9 Prozent gegenüber 1996 erreicht. Für 1998 soll eine weitere Steigerung von 4 Prozent erreicht werden.

Unterricht verbessern

Eine wachsende Zahl Jugendlicher beendet die Schule ohne eine ausreichende Ausbildung. Deshalb ist es nötig, Unterrichtsversorgung und Unterrichtsinhalte zu überprüfen und für Lehrerfortbildungen und die Integration neuer Lernziele zu sorgen. Hier sind die zuständigen Bundesländer gefordert zu handeln.

Tarifvertragliche Verankerung von Ausbildung und Weiterbildung

Die Sozialpartner sind aufgefordert, sich verstärkt mit der Lehrstellensituation zu befassen. Bereits praktizierte Modelle dafür sind zum Beispiel angemessene Kostentlastungen bei Erhöhung der Lehrstellenangebote.

So hat zum Beispiel die deutsche Postbank sich verpflichtet, 1996 200 (statt 140) Lehrstellen anzubieten und im Jahr 1997 noch weitere 20 mehr.

Staatliche Regulierung bei Ausbildungsinhalten einschränken

Die Bundesregierung hält fest am Berufskonzept, denn es gewährleistet Vergleichbarkeit und Sicherheit über erlangte Quali-

Die Entscheidung aus dem Wahlkampf heraushalten

Zum gegenwärtigen Stand der Entscheidung über ein Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin erklärte der Sprecher des Senats, Michael-Andreas Butz:

Bundeskanzler Helmut Kohl und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, sind in einem Gespräch übereingekommen, daß es unverantwortlich wäre, die Entscheidung über die Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas zum Wahlkampfthema werden zu lassen. Angesichts der enormen, auch internationalen Bedeutung dieser Entscheidung müsse alles getan werden, um sie aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Seit vielen Jahren befassen sich Bürger und Fachleute mit großem Ernst und En-

gagement mit diesem Vorhaben. Alle Argumente und Gegenargumente müssen sorgfältig abgewogen werden. Leider ist die für ein derart sensibles Thema notwendige Atmosphäre der Sachlichkeit im jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Der Bundeskanzler und der Regierende Bürgermeister stimmen darüber überein, daß die Entscheidung der drei Auslober Bund, Berlin und Förderkreis nicht jetzt, in der vom Wahlkampf geprägten Atmosphäre, sondern erst nach der Bundestagswahl getroffen werden soll.

Unabhängig davon hält der Bundeskanzler an seiner wiederholt geäußerten Auffassung fest, daß ein solches Mahnmal in Berlin gebaut werden soll und daß dies auf dem dafür vorgesehenen vom Bund zur Verfügung gestellten Grundstück geschieht.

fikationen und gibt die Möglichkeit zur Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Doch ist es nötig, dieses Konzept neu zu definieren. Deshalb wird die CDU-geführte Bundesregierung die staatliche Regulierung der Ausbildungsinhalte zurückschrauben. Neben Kernqualifikationen sollen auch verstärkt betriebsspezifische Qualifikationen erworben werden, um so dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Lehrlinge entsprechen zu können.

Diese Ermittlung ist Aufgabe der Sozialpartner. Um überhaupt effektiv entscheiden zu können, müssen die inhaltlichen und methodischen Voraussetzungen für die Aufbereitung von Daten und deren Bewertung verbessert werden. Die Bundesregierung wird dies 1998 mit fünf Millionen DM unterstützen.

Das Jahr 1997 markierte eine Trendwende auf dem Lehrstellenmarkt. Zum ersten Mal seit 1984 konnte auch in den alten Bundesländern ein Lehrstellenzuwachs verzeichnet werden. Die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist gegenüber dem Vorjahr um 20.000 gestiegen. Im Jahre 1997 wurden 19.400 Lehrverträge mehr abgeschlossen als zwölf Monate zuvor. Der Deutsche Industrie- und Handelstag sowie der Zentralverband des deutschen Handwerks haben für 1998 25.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in ihren Bereichen angekündigt.

Auch plant die Arbeitsverwaltung, die Zahl der nach dem Sozialbesetzbuch III finanzierten Ausbildungsplätze in den neuen Ländern für benachteiligte Jugendliche um sechs Prozent zu erhöhen. ■

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann

SPD an wirtschaftspolitischer Inkompetenz nicht zu überbieten

Zum sogenannten 100-Tage-Programm der SPD erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstands, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Nachdem Herr Stollmann vollmundig den „Aufbruch in ein neues Wirtschaftswunder“ im Falle eines SPD-Wahlsiegs angekündigt hat, legt die SPD ein Programm zur raschen Beendigung des Wirtschaftsaufschwungs vor. Das chaotische Bild der „alten linken Tante SPD“ ist an wirtschaftspolitischer Inkompetenz kaum mehr zu überbieten.

Wer wie die SPD all das zurückdrehen will, was die Bundesregierung zur Stärkung des Wirtschaftsaufschwungs und der Belegung des Arbeitsmarktes umgesetzt hat, überblickt offenbar in keiner Weise, welchen enormen Schaden er dem Wirtschaftsstandort Deutschland und seinen Arbeitsplätzen zufügt:

- Gesundheitsreform, Rentenreform und Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall führen zu einer Entlastung der Lohnzusatzkosten, insbesondere für den Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Ohne die Gesundheitsreform 1997 hätte das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen ca. 10 Mrd. DM betragen. Der Beitragssatz hätte weiter angehoben werden müssen. Erste Krankenkassen haben nun Beitragssatzsenkungen angekündigt – dies ist ein gutes Signal auch für mehr Arbeitsplätze.

- Das Inkrafttreten der Rentenreform ab 1999 wird die Rentenbeiträge stabilisieren

und damit die Lohnzusatzkosten begrenzen. Eine Rücknahme würde Mehrkosten von 150 Mrd. DM in 10 Jahren verursachen. Die von der SPD angekündigte Neuordnung des Rentensystems führt bis zum Jahr 2030 zu kumulierten Mehrausgaben von 500 Mrd. DM. Die dadurch steigenden Lohnzusatzkosten würden die deutschen Unternehmen in der Wettbewerbsfähigkeit unwiderruflich zurückwerfen.

- Die Neuregelung der Lohnfortzahlung entlastet die Unternehmen in Höhe von 20 Mrd. DM. Allein im Handwerk wenden fast 50% der Betriebe die neuen Möglichkeiten an. Dies ist daher ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelstand.

- Wir haben die Schwelle für den Kündigungsschutz heraufgesetzt; dies hat nach einer Umfrage beim Handwerk bereits zu rd. 20.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt. Wenn sich die konjunkturelle Situation weiter verbessert, wollen rd. 40% der Handwerksbetriebe zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Dies wären rd. 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

- Wir haben auch die Möglichkeit zum Abschluß befristeter Arbeitsverträge erweitert. Dies wird im Handwerk bereits von rd. 13% der Betriebe genutzt; dies entspricht rd. 150.000 Arbeitsplätzen.

- Umfragen zeigen, daß die Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Arbeitszeitflexibilität im Arbeitszeitgesetz von 1994 allein in den zehn größten amerikanischen Unternehmen in Deutschland dazu geführt hat, daß über 45.000 Arbeitsplätze neu entstanden oder gesichert wurden.

● Außerdem werden wir die Steuersätze auf der ganzen Linie senken und das Steuersystem vereinfachen – ganz anders als SPD und Grüne, die acht neue Steuern und Abgabenarten einführen wollen – nationale Energiesteuer, Kerosinsteuer, Devisensteuer, Vermögenssteuer, Schenkverkehrsabgabe, Lastenausgleichsabgabe, Ausbildungsabgabe und Mindeststeuer – und die Mineralölsteuer deutlich erhöhen wollen.

Dank des strikten Modernisierungskurses der Bundesregierung wächst in Deutschland auf breiter Front die Bereitschaft, sich dem rasanten internationalen Strukturwandel offensiv zu stellen. Es wäre geradezu fatal, wenn diese Aufbruchstimmung durch eine SPD-geführte Bundesregierung wieder zerstört würde. Die Erfolge am Arbeitsmarkt und am Konjunkturhimmel dürfen nicht durch eine kurzsichtige, unverantwortliche Politik der Reformverweigerung wieder zunichte gemacht werden. Unser Land darf nicht projekt- und investitionsunfähig werden. Wer – wie PDS, SPD und Grüne – nahezu jede Projektentscheidung in der Wirtschafts- und Energiepolitik, in der Verkehrs- und Umweltpolitik und in der Technologie- und Innovationspolitik zu einer langwierigen Grundsatzdiskussion verkommen läßt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und gefährdet Arbeitsplätze.

Nur heiße Luft

Zur Verabschiedung des SPD-Regierungs-Startprogramms erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Es geht weiter wie gewohnt: das sogenannte Startprogramm für die ersten 100 Tage nach einer Regierungsübernahme durch die SPD bietet keine konkreten finanzpolitischen Aussagen:

● ein Steuerreform-Gesetzgebungsverfahren soll zügig angegangen werden:

dabei baut die SPD auf die Mehrheit der SPD-Länder im Bundesrat. Dies untermauert erneut, daß die SPD einen Steuerreform-Kompromiß fast 1¾ Jahre verhindert hat, weil sie einen Erfolg allein nach der Wahl für sich verbuchen wollte. Aber auch nach einem Wahlgewinn durch uns werden wir mit dem Bundesrat klarkommen. Auch die Landesregierungen wissen, ein Blockadekurs wie jetzt vor der Wahl ist nicht weiter vertretbar. Die Landesregierungen würden sich die Quittung spätestens bei den folgenden Landtagswahlen einfahren.

● eine deutliche Absenkung des Einkommenssteuersatzes zunächst auf 21,9% und irgendwann auf 15%, des Spitzensteuersatzes auf 49% und der Unternehmensspitzensteuersätze auf 35%:

der jetzige Einkommenssteuersatz liegt bei 25,9%, der Spitzensteuersatz bei 53%, der Unternehmenssteuersatz bei 47%; wann wird die SPD lernen, daß mit solch einer geringen Steuersatzabsenkung weder ein Motivationsschub bei Unternehmern, noch eine von den Bürgern erwartete Steuerentlastung erreicht werden kann. Die 15%-Einkommenssteuersatz-Absenkung hat die SPD ohnehin – nach langem Zögern – von uns abgeschrieben... Natürlich nicht ohne die stereotype Versicherung, dies könne nur nach einem Kassensturz realisiert werden.

● Familienkaufkrafthöhung durch Kindergelderhöhung von 220 DM auf 250 DM:

diese Ankündigung steht ebenfalls unter dem Vorbehalt eines Kassensturzes. Damit schafft sich die SPD das Hintertürchen, von dieser Forderung ohne weiteres nach der Wahl wieder abrücken zu können.

Ich bin überzeugt, daß die Wähler die SPD-Taktik erkennen: vor der Wahl möglichst keine konkrete Aussage über die Fi-

nanz- und Steuerpolitik. Statt dessen vage Aussagen, auf die sie hinterher nicht festgelegt werden kann.

CDU/CSU haben dagegen ein überzeugendes Steuerreformkonzept mit den Steuerreformgesetzen '98 und '99 auf den Tisch gelegt. Diese Konzepte werden wir umgehend wieder einbringen, wenn die Wähler uns am 27. September ihre Stimme geben. Mit diesem Votum im Rücken kann die Bundesratsmehrheit nicht weiter blockieren.

Rückschritt statt Fortschritt

Zu dem von SPD-Kanzlerkandidat Schröder vorgestellten 100-Tage-Programm erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Reppnik:

Schöne Worte mit wenig Inhalt und dort, wo es konkret wird, Rückschritt statt Fortschritt – so läßt sich das 100-Tage-Programm der SPD charakterisieren, das Schröder heute der Presse vorstellte. Mit dieser erneuten Medieninszenierung will der SPD-Kanzlerkandidat seine Konzeptionslosigkeit und Beliebigkeit überspielen und Zukunftsfähigkeit vortäuschen, wo nur heiße Luft und Reformunwillen ist.

Dem aufmerksamen Leser des „100-Tage-Rückschritts“ wird schnell deutlich: Die SPD hat keine neuen, zukunftsweisenden Konzepte, denn Leitlinie ihrer Politik soll ihr Wahlprogramm bleiben. Dieses ist aber getränkt von sozialdemokratischen Neidvorstellungen, Umverteilungsabsichten und dem Rufen nach mehr Staat. Höhere Steuern und stärkere Staatsverschuldung sind dann aber unausweichlich. Keine Spur also von Modernität angesichts dieser veralteten Rezepte.

Einführung einer Mindeststeuer, Wieder-

einführung der Vermögensteuer, keine durchgreifende Steuerreform mit drastischer Senkung aller Steuersätze, zusätzliche Forderungen nach neuen ökologisch motivierten Belastungen, Rückgängigmachung erfolgreicher Sozialreformen, die zum Anstieg der Lohnnebenkosten führen werden – das alles sind Belege für die wirtschaftsfeindliche Politik der SPD, die zum Abbau der Arbeitslosigkeit nicht beitragen kann.

Wenn die SPD jetzt eine „neue Politik für einen nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung“ fordert, kann dies nur auf Unverständnis stoßen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt Ende Juli um rd. 700.000 niedriger als noch Ende Januar. Im siebten Monat hintereinander sind die Arbeitslosenzahlen in Westdeutschland niedriger als im Vorjahr, in Ostdeutschland gilt dies seit zwei Monaten. Der nachhaltige Beschäftigungsaufschwung ist dank unserer Reformanstrengungen trotz der SPD-Blockade also bereits Realität.

Die SPD täuscht die Familien

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte erklärte zu der im 100-Tage-Programm der SPD angekündigten Kindergelderhöhung:

Die SPD macht in ihrem 100-Tage-Programm unseriöse Versprechen und täuscht die Familien. Sie verheimlicht, daß sie ihnen aus der einen Tasche das Geld herausziehen muß, um ihnen in die andere Tasche mehr Kleingeld zu stecken.

Die Kindergeld-Erhöhung der SPD auf 250 DM kostet 5,7 Milliarden DM. Das läßt sich nicht aus der Portokasse bezahlen. Die SPD muß den Familien reinen Wein einschenken und konkret sagen, wo die Mittel für das Kindergeld herkommen sollen: Soll etwa das Bundeserziehungsgeld gestrichen werden, so wie es die So-

Eppelmann an den DGB:

Wahlwerbung für Rot-Grün sofort einstellen

In einem offenen Brief an den Vorsitzenden des DGB, Dieter Schulte, und den Vorsitzenden der IG Metall, Klaus Zwickel, drückt Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), seine Sorge über die durch die Wahlkampagne drohende Spaltung der Einheitsgewerkschaft aus:

Wir dokumentieren nachfolgend den Brief, der Dieter Schulte und Klaus Zwickel zugegangen ist:

Mit zunehmender Sorge beobachten wir, daß sich der DGB und die IG Metall mit der Fortführung der Acht-Millionen-Mark-Kampagne vom Kurs der parteipolitischen Neutralität mehr und mehr entfernen. Damit droht eine Spaltung der Einheitsgewerkschaft – zumal sich die SPD durch die Aufstellung von Schattenminister Stollmann von großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung wie der gesamten Arbeitnehmerschaft entfremdet hat.

Wir befürchten zudem mit wachsender Besorgnis, daß die parteipolitisch gefärbte Kampagne am Gemeinnützig-

keitsstatus der Gewerkschaft rüttelt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis das zuständige Finanzamt diesem Widerspruch nachgeht und schmerzhaft finanzielle Konsequenzen ziehen wird. Es ist überdies zu befürchten, daß die zuständigen Wirtschaftsprüfer und die gewählten Finanzprüfer der Gewerkschaften diesem Verstoß gegen das Gemeinnützigkeitsrecht nachgehen werden. Der Schaden wäre nicht auszudenken und würde weitere Beitragsgelder verschlingen. Die Gewerkschaftsbewegung würde dadurch zusätzlich geschwächt und dies in einer Phase, in der brennende soziale wie wirtschaftliche Sachfragen zu bewältigen sind.

Aus großer Sorge

um die Gewerkschaftsbewegung appelliere ich stellvertretend für die christlich-sozialen Arbeitnehmer an Dich, die Wahlwerbung für Rot-Grün sofort einzustellen. Du mußt Dir die Frage gefallen lassen: Lohnt es sich, für Männer wie Schröder und Stollmann die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu gefährden?

zialdemokraten in Rheinland-Pfalz mit dem Landeserziehungsgeld gemacht haben?

Offen bleibt auch, ob die SPD bei Familien mit höherem Einkommen das Existenzminimum für Kinder besteuern will, indem sie ihnen das Kindergeld streicht. Die Menschen interessiert, wie Gerhard Schröder zu solchen verfassungswidrigen und familienfeindlichen Plänen seiner Schat-

tenkandidaten Stollmann und Riester steht. Würden Sie umgesetzt, wäre dies eine klare Benachteiligung von Familien gegenüber Kinderlosen.

Wir werden unsere gezielte Politik der Familienförderung fortsetzen. Allein in dieser Legislaturperiode haben wir die Entlastung für Familien durch Kindergeld und Kinderfreibetrag um 35 Prozent auf 50 Milliarden DM erhöht. ■

SPD will von untauglichen Konzepten ablenken

Aus Anlaß der Vorstellung des „Startprogramms“ der SPD erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

16 Jahre hat die SPD Zeit gehabt, die Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu analysieren und sich Gedanken über ihre Zukunft zu machen. In den vergangenen vier Jahren haben die SPD-Gesundheitspolitiker dicke Papiere vorgelegt, mit denen die gesundheitspolitischen Entscheidungen der Koalition diffamiert und ach so tolle Alternativen beschrieben wurden. Dummerweise scheint man mit diesen Werken nicht einmal die eigenen Leute überzeugt zu haben. Denn was legt Schröder in seinem Startprogramm an gesundheitspolitischen Überlegungen vor? Ein populistisches Potpourri von sage und schreibe drei Punkten, die eines gemeinsam haben: die von uns gerade stabilisierte Finanzsituation der gesetzlichen Krankenkassen wieder zu destabilisieren.

Was will die SPD sofort machen?

1. Beseitigung des Koppelmechanismus von Beitragsanhebungen mit Zuzahlungsanhebungen

Die Abschaffung des von Bundesminister Seehofer zu Recht als „atomare Abschreckung“ bezeichneten Mechanismus führt dazu, daß Kassenfunktionäre wieder ohne negative Folgen für ihre Versicherten Beiträge anheben können und somit kein gesteigertes Interesse mehr haben, wirtschaftlich zu agieren.

Unsere Position: Solange es kein geeigneteres Instrument gibt, muß der Koppelungsmechanismus bleiben.

2. Entlastung chronisch Kranker und älterer Patienten von Zuzahlungen

Es ist erschreckend, wenn eine etablierte Partei wie die SPD höchsttrichterliche Entscheidungen einfach nicht zur Kenntnis nimmt. Das Bundessozialgericht hat am 9. Juni 1998 in einem Revisionsverfahren klar und unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß „eine Befreiungsregelung, die nach der Art oder der Schwere der Erkrankung oder nach dem Grad der Notwendigkeit eines Arzneimittels differenzieren wollte, sich kaum sachgerecht ausgestalten und begründen ließe. Sie würde zu Vergleichen des Schweregrades unterschiedlicher Krankheitszustände und des Dringlichkeitsgrades der medikamentösen Versorgung zwingen und letztendlich unlösbare Abgrenzungsprobleme aufwerfen“.

Auch die Union will selbstverständlich chronisch kranke Versicherte als besonders schützenswürdigen Personenkreis entlasten. Dies haben wir durch die Einführung der sog. Chronikerregelung, die auf eine Dauerbehandlung abstellt, getan. Mehr ist nicht möglich und auch nicht notwendig, da auch nach Aussagen des Bundessozialgerichtes es keine objektiv gerechtere Regelung gibt, als das Abstellen auf die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit. Im übrigen sieht die Union keine sozialpolitische Notwendigkeit, jemand finanziell zu entlasten „nur“ weil er alt ist. Will die SPD den finanziell gutsituierten Rentner entlasten und jüngere Familie belasten?

Die Rückführung von Zuzahlungen kostet Milliarden, für die die SPD keine Gegenfinanzierung hat.

Unsere Position: Es bleibt bei den von der Union eingeführten sozialen Härtefallregelungen, die allein auf die finanzielle Leistungsfähigkeit abstellen.

3. Zahnersatz auch für Jugendliche ab Jahrgang 1979

Die SPD ist zu einem Umbau des Sozialstaats nicht in der Lage. Wer, wie die Koalition, die zahnprophylaktischen Leistungen erheblich ausweitet und dafür Solidarmittel in dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stellt, kann als Gegenleistung erwarten, daß diese prophylaktischen Leistungen auch angenommen werden. Wer dies nicht tut, muß damit rechnen, in einigen Jahrzehnten Zahnersatz zu benötigen. Dies darf aber dann nicht zu Lasten der Solidargemeinschaft gehen. Wer sich absichern will, kann eine private Zusatzversicherung abschließen, die ihm im Gegenwert einer Kinokarte einen Leistungsanspruch garantiert.

Wer dies für unzumutbar hält, hat von den Problemen unseres Sozialstaats nichts verstanden. Ohne eine Stärkung der Eigenverantwortung werden wir gegenüber anderen Ländern unaufholbar ins Hintertreffen geraten.

Unsere Position: Die von uns getroffene Entscheidung, Zahnersatz für Jugendliche ab 1979 nicht mehr zu bezuschussen, ist sozial verantwortbar. Andere europäische Staaten haben damit kein Problem.

Das war's. Mehr hat die SPD auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik als Sofortmaßnahmen nicht zu bieten. Dies ist um so erstaunlicher, als Schröder gemeinsam mit Schattenminister Stollmann auf einer Wahlveranstaltung am 19. August 1998 ausgeführt haben (Zitat): „Bevormundung muß durch Eigenverantwortung ersetzt werden. Wer glaubt, mit einigen kleinen Reparaturen weitermachen zu können wie bisher, der versündigt sich an Deutschland.“

Genau so ist es, Herrn Schröder, und deshalb gibt es keine Alternative zur Fortsetzung der Reformkoalition von CDU/CSU und FDP, weil SPD und Grüne nur zu „kleineren Reparaturen“ in der Lage sind.

Mit der Union und einem starken Mittelstand ins nächste Jahrtausend

Unter diesem Motto hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) zur 3. Bundesdelegiertenversammlung nach München eingeladen.

Der Bundeskongreß findet am 4. und 5. September im Sheraton-Hotel statt und soll Ausblicke auf die zukünftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geben.

- Am 4. September spricht zu den Delegierten um 10 Uhr Bundeskanzler **Helmut Kohl**.
- Am 5. September spricht um 10 Uhr Bundesfinanzminister **Theo Waigel**.

Vorgesehen ist am Ende des Kongresses die Beratung und Verabschiedung der „Münchener Erklärung“.

Mit „Bayerischem Abend“ im Paulaner Keller

Wichtige Richtungsentscheidung auch für die Wohnungsbaupolitik

Anlässlich eines Pressegesprächs am 19. August zu Bilanz und Ausblick der Wohnungsbaupolitik der CDU erklärte Präsidiumsmitglied Christa Thoben:

Am 27. September geht es um die Fortsetzung zukunftsorientierter Politik in Deutschland. Die CDU-geführte Bundesregierung stellt sich der Wahlentscheidung mit einer gegen vielfältige Widerstände, durchgesetzten, umfangreichen Reformbilanz und mit einem Zukunftsprogramm, das die Elemente noch ausstehender Reformen beschreibt.

Auch für die Wohnungs- und Städtebaupolitik bedeutet die kommende Bundestagswahl eine insofern wichtige Richtungsentscheidung. Wird der erfolgreiche Kurs der letzten Jahre fortgesetzt, die gegenwärtige, allseits spürbare Entspannung auf dem Wohnungsmarkt stabilisiert und noch ausstehende Reformen, insbesondere im Steuerbereich und im sozialen Wohnungsbau, durchgesetzt? Oder treten an deren Stelle rot-grüne Regulierungs- und Steuerexperimente, die die Investoren aus diesem Sektor vertreiben?

Eine Bilanz der auslaufenden Legislaturperiode zeigt deutlich die erreichten Fortschritte – hier nur einige Beispiele:

- Allgemeiner Wohnraumangel ist in der Bundesrepublik kein Problem mehr. Der Markt hat sich vom Vermieter- zum Mietermarkt entwickelt.
- Die Wohneigentumsbildung ist voran gekommen: In den alten Ländern wohnen 42 % der Haushalte in Wohneigentum, in den neuen Ländern inzwischen schon rund 31 %.
- Die Wohneigentumsförderung: Die Umstellung der Wohneigentumsförderung

auf die Eigenheimzulage war in Ost und West ein großer Erfolg, so daß der Eigenheimbau zur Stütze der Baukonjunktur wurde. Die Wohneigentumsförderung muß weiter vorankommen. Sie hat aus vermögens-, eigentums- und familienpolitischen Gründen vorrangigen Stellenwert und ist auch im Hinblick auf private Altersvorsorge notwendig.

- Der Übergang in das Vergleichsmietensystem konnte für die Mieter in den neuen Ländern sozialverträglich gestaltet werden.
- Die Förderprogramme des Bundes haben dazu geführt, daß sich die Wohnbedingungen in den neuen Ländern durch knapp 620.000 neu gebaute und 4,2 Mio voll- und teilmodernisierte Wohnungen grundlegend verbessert haben.
- Die Fortschritte der Stadtsanierung sind in den Gemeinden deutlich sichtbar.

Als Vorhaben für die nächste Legislaturperiode möchte ich besonders hervorheben:

1. Reform des sozialen Wohnungsbaus – Sicherung der Wohnraumversorgung

Wir werden die durch die Blockadehaltung der Opposition noch nicht umgesetzte Reform des sozialen Wohnungsbaus erneut auf den Tisch legen und für die zielgenauere, effizientere und sozial gerechtere Ausrichtung der wohnungspolitischen Förderinstrumente kämpfen. Wichtigste Zielsetzungen sind: Stärkere Konzentration der Förderung auf bedürftige Haushalte, vermehrte Nutzung des vorhandenen Wohnungsbestandes, Abschaffung des starren und marktwidrigen Kostenmiet-

SPD und Grüne haben sich von jeglicher Politik für Arbeitsplätze verabschiedet

Zum 100-Tage-Programm von Bündnis 90/Die Grünen erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rau:

Wenn Joschka Fischer von der Senkung der Lohnzusatzkosten spricht, hat man das Gefühl, ein Blinder redet von der Farbe. Der beste Beweis dafür ist das 100-Punkte-Programm der Grünen.

Wer die durchgeführten Reformen bei Rente, Gesundheit und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurücknehmen will, erhöht damit die Lohnzusatzkosten.

Wer die Sozialversicherungsbeiträge durch bloße Umfinanzierung und mit

Hilfe einer Ökosteuer senken will, muß 25 Mrd. Mark Ökosteuer einnehmen, um die Lohnzusatzkosten um nur einen Prozentpunkt zu senken.

Wer immer noch nicht erkannt hat, daß wir wieder mehr und nicht weniger arbeiten müssen, hat ebenfalls nichts verstanden.

Wer wirklich Lohnzusatzkosten senken will, muß sowohl bei den gesetzlichen als auch bei den tariflichen Lohnzusatzkosten ansetzen. Die Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme müssen durch strukturelle Reformen deutlich unter 40% gesenkt werden.

rechts zugunsten eines flexibleren, zielgenaueren und damit effizienteren Fördersystems, das insbesondere in Zeiten knapper Kassen oberstes Gebot sein muß.

2. Gesamtdeutsche Wohngeldreform

Zur Vereinheitlichung und Harmonisierung des Wohngeldes in ganz Deutschland sowie seiner Anpassung an die Einkommens- und Mietenentwicklung hat die Bundesregierung eine Wohngeldnovelle eingeleitet, die spürbare Leistungsverbesserungen für viele Empfänger bedeutet hätte. Die SPD-Länderfinanzminister haben sich die Novelle verweigert und damit eine große Chance vertan. Die Bundesregierung wird das Thema Wohngeld daher als vorrangiges Ziel wieder aufgreifen.

3. „Große Steuerreform“

als wichtige Weichenstellung für private

Investitionen (80 v.H. des Kapitals im Wohnungsbau ist private Anlage).

4. Energiesparverordnung

Das energiesparende Bauen muß weiter forciert werden. Durch unterschiedliche Maßnahmen der Bundesregierung konnte der Heizenergieverbrauch bis Mitte der 90er Jahre um rund 30% verringert werden. Diesen Prozeß gilt es durch die Einführung einer Energieeinsparverordnung weiterzuführen und den Klimaschutz zu intensivieren.

5. Novellierung der Baunutzungsverordnung

Durch die Novellierung der Baunutzungsverordnung soll eine bessere Durchmischung unterschiedlicher Nutzungen erleichtert werden. Sie dient damit dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“. ■

Unser Land – zu schade für Rot-Grün

Der Aufschwung ist da! Die Jobmaschine läuft!

Demnächst unter 4 Mio. Beschäftigungslose, aber schon 1,5 Mio freie Stellen (höchste Zahl seit 1973). Im 1. Halbjahr rund 1,8 Mio. Arbeitssuchenden neue Arbeitsplätze vermittelt.

Stabiles Geld: 0,9 % Preisentwicklung, Rekord-Tief

- Wachstum plus 3,8 %!
- Investitionen plus 10,7 %!
- Export insgesamt plus 13,4 % (im Osten plus 28,7 %)!

Rot-Grün will die Reformen zurückdrehen, die uns den Aufschwung gebracht haben. Rot-Grün will mindestens acht Steuern oder Abgaben einführen oder erhöhen!

Rot-Grün bedeutet: ■ weniger im Geldbeutel

■ Investitionen gehen runter ■ Arbeitsplätze in Gefahr

In einer Welt voller Sorgen ist Kanzler Helmut Kohl die sichere Zukunft. Der Fels in der Brandung!

Weltklasse wählen!

CDU

Die Konzepte der Parteien zur Ausländerpolitik im Vergleich

	CDU	SPD	Grüne
Asyl	<p>Klares Bekenntnis zur Asylrechtsreform von 1993. Dadurch Rückgang des Mißbrauchs um über 70 Prozent. Steigerung der Anerkennungsquote auf bis zu 9 Prozent. Den Mißbrauch des Asylrechts auch in Zukunft weiter zurückdrängen.</p>	<p>Niedersachsen stimmte 1993 gegen die Reform des Asylrechts.</p> <p>Teile der SPD fordern bereits jetzt die Rücknahme der Asylrechtsreform.</p> <p>Notwendige Änderungen im Asylverfahrensrecht wurden 1996/97 lange Zeit von der SPD im Bundesrat blockiert.</p>	<p>Wiederherstellung der alten Asylrechtsregelung von vor 1993 mit dem Zustrom von 400.000 bis 500.000 Asylbewerbern pro Jahr. Dadurch entstehende Kosten der öffentlichen Hand innerhalb einer Legislaturperiode: rd. 52 Mrd. DM.</p>
Zuwanderung	<p>Verhinderung illegaler Zuwanderung und Begrenzung der Zuwanderung auf Nachzug von Familienangehörigen im gesetzlich festgelegten Rahmen.</p> <p>Verstärkte Lastenteilung bei Bürgerkriegsflüchtlingen auf Ebene der EU-Staaten.</p>	<p>In Anlehnung an die Pläne der Grünen wird im SPD-Wahlprogramm die Forderung nach einer sozial verträglichen Zuwanderung erhoben.</p>	<p>Ein Einwanderungsgesetz (bereits als Antrag im Bundestag 1997 vorgelegt) soll pro Jahr 440.000 Einwanderer nach Deutschland holen. Ein Viertel von ihnen allein aus humanitären Gesichtspunkten. Ergänzt würde dies durch mehr als 400.000 Asylbewerber pro Jahr gemäß der alten Asylrechtsregelung.</p>
Ausweisung/ Abschiebung	<p>Konsequente Ausweisung straffällig gewordener Ausländer.</p>	<p>Die für eine schnellere bzw. konsequentere Abschiebung notwendigen Gesetzesänderungen beim Straf-, Ausländer- und Asylverfahrensrecht wurden 1996/97 von der SPD im Bundesrat blockiert und abgeschwächt.</p>	<p>Auf Abschiebebehalt soll grundsätzlich verzichtet werden.</p>
Einbürgerung	<p>Weitere Erleichterungen beim Erwerb der Staatsangehörigkeit als Schlußpunkt einer erfolgreichen Integration. Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit, Bekenntnis zum Grundgesetz und deutsche Sprachkenntnisse als Voraussetzung.</p>	<p>Einbürgerungsautomatismus für die Ausländer der dritten Generation.</p> <p>Keine Absage an die doppelte Staatsbürgerschaft, keine Berücksichtigung der individuellen Integrationsanstrengungen.</p>	<p>Automatische Einbürgerung aller in Deutschland geborenen Ausländer ohne Berücksichtigung möglicher Sprachkenntnisse, einem Bekenntnis zum Grundgesetz oder dem Willen zur Integration.</p> <p>Zulassung einer generellen doppelten Staatsbürgerschaft.</p>

Bundesbauminister Eduard Oswald:

Breite Palette der Wohneigentumsförderung erhalten

Für die Fortsetzung einer konsequenten Wohneigentumpolitik, insbesondere für junge Familien hat sich Bundesbauminister Eduard Oswald ausgesprochen. Deshalb müsse die breite Palette intensiver Fördermaßnahmen in vollem Umfang erhalten und weiterentwickelt werden.

Um der zunehmenden Bedeutung des Eigentumserwerbs aus dem Wohnungsbestand stärker gerecht zu werden, plädierte Eduard Oswald für eine schrittweise Anhebung der „Bestandszulage“ im Rahmen der 1996 überaus erfolgreich eingeführten Eigenheimzulage. Zugleich kündigte er an, daß sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf seine Initiative dazu entschlossen habe, das Gesamtkreditvolumen ihres Programms zur Förderung des Wohneigentums für junge Familien um weitere drei Milliarden auf nunmehr sieben Milliarden Mark aufzustocken.

Dank der entscheidenden Verbesserungen der staatlichen Förderung in der zurückliegenden Legislaturperiode durch die Bundesregierung liege die Bildung von

KfW-Programm für junge Familien erneut aufgestockt

Wohneigentum klar im Aufwärtstrend, betonte der Bundesbauminister. Als Meilenstein auf dem Weg zu mehr Wohneigentum bezeichnete er die 1996 eingeführte Eigenheimzulage. Zusammen mit der verbesserten Bausparförderung, dem zinsverbilligten Darlehensprogramm der KfW sowie historisch niedrigen Zinsen als Folge

der Stabilitätspolitik dieser Bundesregierung habe die umfassende Förderung im Einfamilienhausbereich einen wahren Bauboom ausgelöst.

Dies belege die Zahl der fertiggestellten Einfamilienhäuser in den ersten fünf Monaten dieses Jahres, die um 31 Prozent höher war als im gleichen Zeitraum 1996. Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen mit zweistelligen Zuwachsraten gegenüber dem ohnehin hohen Vorjahresniveau lasse zudem erwarten, daß dieser erfreuliche Trend anhalte.

„Bestandszulage“ schrittweise anheben

Um das selbstgesteckte Ziel einer deutlichen Erhöhung der Wohneigentumsquote von derzeit 42 Prozent zu erreichen, müsse künftig der Erwerb aus dem vorhandenen Wohnungsbestand stärker intensiviert werden. Deshalb sprach sich der Bundesbauminister für eine schrittweise Anhebung der „Bestandszulage“ im Rahmen der Eigenheimzulage aus. Der richtige Mittelweg unter Berücksichtigung der erreichbaren Anstoßwirkungen einerseits und der finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte andererseits werde dabei noch genau zu bestimmen sein.

Derzeit beträgt die Grundförderung in diesem Bereich maximal 20.000 Mark (ohne Kinderzulagen und Öko-Zulagen) im gesamten achtjährigen Förderzeitraum (Neubauzulage: 40.000 Mark). Eine schrittweise Anhebung der Bestandszulage bezeich-

nete Oswald als weiteren wünschenswerten Impuls für die Vermögensbildung insbesondere von Schwellenhaushalten mit begrenztem Einkommen. Zugleich sei sie ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der innerstädtischen Bereiche, in denen heute noch viel zu wenig Wohneigentum angeboten werde.

Schluß mit der Verunsicherung

Eine entschiedene Absage erteilte der Bundesbauminister Forderungen nach Einschränkungen der Eigenheimzulage, wie sie von Teilen der SPD und den Grünen erhoben werden. Entsprechende Vorstöße mit dem Ziel, die geltenden Einkommensgrenzen drastisch abzusenken, würden die positiven Wirkungen dieses gerade erst zwei Jahre alten Erfolgsmodells erheblich beeinträchtigen.

Es müsse zudem Schluß sein mit der immer weider neuen Verunsicherung von Tausenden Familien, die im Vertrauen auf die staatliche Förderung unter persönlichen Einschränkungen bereits Kapital angespart hätten, um sich ihren Traum von den eigenen vier Wänden bald verwirklichen zu können. Einschränkungen der bewährten Förderkonditionen seien auch aus konjunkturpolitischer Sicht verheerend, zumal sich der Eigenheimbau mehr und mehr als Stütze der Baukonjunktur erweise.

15 Milliarden DM Investitionsvolumen angestoßen

Zentrales Anliegen der Bundesregierung bleibe es, jungen Familien noch früher den Sprung ins Wohneigentum zu ermöglichen, betonte Eduard Oswald weiter. Deshalb habe die Bundesregierung mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein speziell auf diesen Adressatenkreis ausgerichtetes Förderprogramm eingerichtet. Dies habe sich nach der Verdoppelung des Gesamtvolumens auf vier Milliarden Mark zu Beginn seiner Amtszeit zu einem echten Renner entwickelt.

Bereits über 40.000 Familien haben bei der Realisierung ihrer Vorhaben auf dieses Programm zurückgegriffen. Als Folge der großen Nachfrage sei es deshalb höchst erfreulich, daß die KfW sich auf seine Initiative nunmehr dazu entschlossen habe, das Kreditvolumen auf sieben Milliarden Mark aufzustocken. Dies sei nicht nur eine gute Nachricht für alle bauwilligen jungen Familien, sondern auch für die Bauwirtschaft und die dort Beschäftigten. Schließlich stoße die erneute Aufstockung ein zusätzliches Investitionsvolumen von mindestens 15 Milliarden Mark an und leiste damit einen erheblichen Beitrag zur Unterstützung der Baukonjunktur.

Mit uns ins 21. Jahrhundert

Unter diesem Motto laden die Bundesvereinigung der Senioren-Union und deren Landesvereinigung Rheinland-Pfalz alle Mitglieder, Freunde und Interessierte zu einer Wahlkampf-Veranstaltung am **9. September, 14.30 bis 17.30 Uhr** in den Eltzer Hof, Rheinstraße 66, in Mainz ein. Prominente Sprecher

nach einer Begrüßung durch die SU-Landesvorsitzende Roswitha Verhülsdonk:

Christoph Böhr, Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, und Bernhard Worms, Bundesvorsitzender der Senioren-Union.



Wo Rot-Grün das Sagen hat: Bildungsabbau im großen Stil

Das SPD-Wahlprogramm und ihr Kanzlerkandidat Gerhard Schröder versprechen bei einem Wahlsieg gleiche und bessere Bildungschancen für alle. In der checkkartengroßen „Garantiekarte“ für die Einlösung ihrer Wahlversprechen von Anfang Juni verspricht die SPD:

„Deutschland als Ideenfabrik durch Verdopplung der Investitionen in Bildung Forschung und Wissenschaft.“

(Zur Verdeutlichung: Der Haushaltsansatz der CDU-geführten Bundesregierung für Bildung und Forschung für 1998 liegt bei 15 Mrd. DM. Eine Verdopplung der Ausgaben für Bildung und Forschung in den nächsten 5 Jahren durch die SPD würde in der **Summe 30 Mrd. DM** und bei einer linearen Fortschreibung von jährlich 3 Mrd. DM ein **Mehrbedarf von insgesamt 45 Mrd. DM** bedeuten. Wie das gegenfinanziert werden soll, ist bislang eines der bestgehüteten Geheimnisse der SPD und ihres designierten Kanzlerkandidaten.)

Und erst im „Zeit“-Interview vom 6. August antwortet SPD-Kanzlerkandidat Schröder auf die Frage, wo er beim Sparen ansetzen werde: „Es ist leichter gesagt, wo man nicht ansetzen darf: Vorrang haben Bildung und Ausbildung, da müssen wir eher mehr ausgeben.“

Der Zeit konnte Schröder auf den Vorwurf, warum er denn die Ausgaben in Niedersachsen für Schulen verringert habe, nur ausweichend antworten.

Schröder fordert zwar die Vorfahrt für Bildung: Wo Rot-Grün aber in den Ländern das Sagen haben, findet Bildungsabbau im großen Stil statt. Bildungsabbau heißt aber immer auch weniger Ausbildungs- und

Berufschancen für die Menschen in diesem Lande. Der SPD-Kandidat und die SPD werden sich daher an ihrer Leistungsbilanz in Niedersachsen und in rot-grün-regierten Ländern messen lassen müssen. Denn dort sind sie in der Verantwortung. Worte und Taten gehen dabei weit auseinander.

I. Rot-grünes Versagen in der Bildungspolitik der Länder:

● bei den Ressourcen (Personal- und Sachmittel)

Wie Gerhard Schröder und die SPD in den Ländern trotz gegenteiliger Lippenbe-

Von Herbert Reul, Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU und Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur

kenntnisse an Bildung sparen, zeigen **sinkende Unterrichtsversorgung, Kürzungen an Hochschulen und im Forschungsbereich in Niedersachsen:**

Stichwort „Schulen“

Trotz einer Zunahme von 90.000 Schülern wurden in den vergangenen vier Jahren 3.000 Vollzeitlehrerstellen ersatzlos abgebaut. Die freiwerdenden Stellen werden nur zur Hälfte – und das mit Teilzeitkräften – besetzt. Der SPD-Landtagsbeschluss ab 1998 jede freiwerdende Stelle zu besetzen, scheint verdrängt und vergessen. Denn der ehemalige SPD-Finanzminister

Waike sagte schon im Juli 1997 der Hanoverschen Allgemeinen Zeitung:

„Es wird außerordentlich schwierig sein, dieses Ziel zu erreichen.“ . . . Er jedoch sei Realist und deshalb bleibe für ihn ein Vorbehalt, wenn nicht genügend Geld vorhanden sei, müsse es auch im nächsten Jahr beim bisherigen Grundsatz bleiben, daß nur jeder zweite der 1.600 pensionierten Pädagogen einen Nachfolger bekommt.“

Ganz anders investiert das CDU-geführte **Baden-Württemberg** in seine Zukunft: Dort wird die Unterrichtsversorgung nachhaltig sichergestellt. Bis zum Jahre 2001 werden nicht nur alle 10.000 freiwerdenden Lehrerstellen wieder besetzt, sondern noch zusätzlich 1.600 Lehrerstellen geschaffen.

Stichwort Multimedia:

Der Start ins Informationszeitalter wird niedersächsischen Schülerinnen und Schülern nicht leicht gemacht: Ganze 2,5 Mio. DM will Niedersachsen in einem Sonderprogramm in den nächsten Jahren dafür ausgeben.

Ganz anders zum Beispiel das CDU-regierte **Baden-Württemberg**: Allein für das kommende Schuljahr legt die Landesregierung ein Sonderprogramm von 50 Mio. DM für multimediale Ausstattung seiner Schulen auf. Und die Bundesregierung hat mit der von ihr angestoßenen Initiative „Schulen ans Netz“ dafür gesorgt, daß bereits ein Viertel der 40.000 Schulen einen Internet-Anschluß haben.

Stichwort Schulbau

Auch **Schleswig-Holstein** unter Heide Simonis liefert beim Schulbau Paradebeispiele für einseitige rot-grüne **Schulförderung**: Seit 1988 wurden für den Schulbau von 22 neuen Gesamtschulen 300 Mio.

DM ausgegeben. Im Haushalt 1996 waren im Rahmen des Schulbaus 16 Mio. DM für 17 im Aufbau befindliche Gesamtschulen veranschlagt, aber nur 9 Mio. DM für alle 620 Grund- und Hauptschulen zusammen ausgewiesen. Für Ideologie ist offenbar auch in Zeiten knapper Kassen Geld genug da.

Das Gegenbeispiel aus **Baden-Württemberg**: Nur noch 3 Gesamtschulen werden inzwischen als Schulen besonderer Art geführt. Allein 1996 hat die CDU ein Sonderprogramm mit 655 Mio. DM für Schulbau aufgelegt, wobei die Ausgaben für die drei Gesamtschulen nur einen verschwindenden Bruchteil ausmachen. Und das CSU-regierte Bayern stellte allein für 1998 rund 300 Mio. DM für Schulbau bereit.

Stichworte Hochschule und Forschung

Auch die niedersächsischen Hochschulen und die Technologieforschung leiden unter dem Spardiktat Schröders.

Allein zwischen 1994 und 1998 wurden an den Landeshochschulen 1.300 Personalstellen gestrichen und die Mittel um 300 Mio. DM gekürzt.

Für **Technologieforschung** in Niedersachsen hat Gerhard Schröder noch 1994 400 Mio. DM versprochen. 1996 wurde die Förderung bereits auf 23 Mio. DM zusammengestrichen.

Die CDU-geführte Bundesregierung dagegen gibt jährlich allein für Niedersachsen rund 340 Mio. DM für wissenschaftliche Forschung und Großforschungsprojekte aus.

Die triste Wirklichkeit in rot- und rot-grün-regierten Ländern wie Niedersachsen und Schleswig Holstein zeigt bereits jetzt ganz klar: Schröders großspurige Versprechen sind das Scheckkartenpapier nicht wert, auf dem sie stehen. Bildungsverspre-

chen à la Schröder und Rot-Grün – das sind Luftbuchungen und ungedeckte Schecks!

- Rot-grüne Bildungspolitik versagt auch bei inhaltlichen Maßnahmen zur Qualitätssicherung von Unterricht

Stichwort „Autonome Schulen und länderübergreifendes Controlling“

Für bildungspolitische Fehlentscheidungen unter Rot-Grün stehen die geplante oder im Versuch bereits erprobte Einführung dezentraler Schulen, der sogenannten „autonomen“ Schulen in **Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen**.

Dort entscheiden Schulkonferenzen über Lerninhalte, Lehrfächer, Schulprofil, Abschlüsse und Lehrereinstellungen. Das bedeutet die Verabschiedung des Staates aus seiner gesetzlich geforderten Aufsichtspflicht.

Eine Vergleichbarkeit von Schulleistungen und Abschlüssen ist schon innerhalb des jeweiligen Bundeslandes nicht gegeben. Länderübergreifende Kontrollen sind ohnehin nicht möglich.

Stichwort „Noten- und Berichtzeugnisse“

Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zum Beispiel streben die Förderung von unverbindlichen Lernentwicklungsberichten statt Notenzugnissen über die Klasse 3 hinaus für den Primarbereich an. Der Leistungsgedanke wird also vollständig aus den ersten Schuljahren verbannt.

Stichwort „Förder- bzw. Orientierungsstufe in Klasse 5 und 6“

An Förder- und Orientierungsstufe, die sich als zweijährige Einheitsschulform nicht bewährt hat, wird in **Hessen sowie Bremen und Niedersachsen** festgehalten. Die erforderliche Laufbahnentscheidung wird pädagogisch unverantwortlich hinzugezögert.

Stichwort „Einheitslehrerausbildung“

Niedersachsen strebt nach wie vor die nivellierende Einheitslehrerausbildung für allgemeinbildende Schulen – außer Sonderschulen und Gymnasien – an. Also Gleichmacherei statt qualifizierter und differenzierter Lehrerausbildung!

Stichwort „Kernfächer nicht als Pflicht“

Noch immer ist etwa in **Niedersachsen** und dem **Saarland** die Abwahl von Kernfächern im Abitur möglich. Statt Allgemeinbildung bis ins Abitur also Abitur light!

II. Rot-Grüne Bildungspolitik und die TIMSS-Studie

Den Beweis für die katastrophale Verschlechterung von Qualität an Schulen in rot-grün-regierten Ländern liefert die unabhängige TIMSS-Studie.

Nach TIMSS II hinken zum Beispiel nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler am Ende der 8. Klasse in Mathematik und Naturwissenschaften im Vergleich zu ihren bayerischen Altersgenossen eineinhalb Schuljahre hinterher, ein Leistungsabstand, der sich nach der kürz-

Informationstechnik immer mehr Jobmotor

Die Konjunkturlok Informationstechnik (IT) steht in Deutschland weiter unter Dampf. Der IT-Markt in Deutschland legte nach Angaben des Fachverbandes Informationstechnik im VDMA und ZVEI 1997 um 6,3 Prozent zu und wird im laufenden Jahr voraussichtlich um 7,7 Prozent auf 91,8 Milliarden DM wachsen.

Hermann-Josef Lamberti, Stellvertreter der Geschäftsführer des Fachverbandes, sagte am Vorabend des Starts der CeBIT Home in Hannover, in kaum einem anderen Sektor setze sich Umsatzwachstum so konsequent in zusätzliche Beschäftigung um. Ende 1997 beschäftigte

die IT-Industrie 370.000 Personen, 13 Prozent mehr als 1996. Bis Ende 1998 sei mit einem Zuwachs von zwölf Prozent auf erstmals 400.000 Beschäftigte zu rechnen.

Privathaushalte, Selbständige, Handwerker, Einzelhandel und andere kleine Unternehmen sorgen laut Lamberti heute bereits für 28 Prozent der Nachfrage nach Computern, Netzwerken, Software und anderen IT-Produkten. Seit 1990 hätten sich die Ausgaben von Privatkunden für Informations- und Kommunikationstechnik von 112 auf heute 375 DM pro Haushalt mehr als verdreifacht.

lich veröffentlichten TIMSS III-Studie bis in die Oberstufe hinein fortsetzt.

Etwa am Beispiel der Gesamtschule zeigt die länderübergreifende TIMSS-Studie die ideologisch begründeten Spätfolgen rotgrüner Bildungspolitik auf: Wer zugunsten eines als sozial ausgegebenen Gleichheitspostulats Leistungsmaßstäbe absenkt, der verschlechtert die Lebenschancen unserer Generation.

Schockierender noch ist ein Ergebnis der wissenschaftlichen Studie zum Sozialverhalten an Gesamtschulen: Danach schneiden Schüler an Gesamtschulen auch beim Sozialverhalten, also bei sozialen Schlüsselqualifikationen wie Hilfsbereitschaft, Teamarbeit und Eigeninitiative schlechter als Gymnasial- und Realschüler der gleichen Jahrgänge ab. Sie sind der Studie nach deutlich egoistischer und weisen im Vergleich zu Altersgenossen der gegliederten Schulsysteme Ende der Klasse 10 ein deutlich niedrigeres Selbstwertgefühl auf.

Obwohl die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen aus der TIMSS-Studie des Max-

Planck-Institutes allgemein bekannt sind, ist bislang nicht erkennbar, daß die von der SPD-Mehrheit dominierte Kultusministerkonferenz die erforderlichen qualitätssichernden Schritte einleiten würde.

Angesichts der beständig wachsenden internationalen und globalen Anforderungen an unser Schulsystem müssen wir uns jedoch mit aller Entschiedenheit gemeinsam mit derzeit etwa 700.000 Lehrerinnen und Lehrern fragen, was Schule leisten soll, wie wir die Schüler zu dieser Leistung und Leistungsbereitschaft hinführen können und last but not least, mit welchen Maßnahmen wir nachhaltig die Qualität schulischer Bildung absichern können.

Der Minimalkonsens der Kultusministerkonferenz vom 28. Februar 1997 war bislang das maximal Erreichbare für unsere Schülerinnen und Schüler – das ist zu wenig. Wir müssen Bildung an unseren Schulen wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Deshalb müssen wir uns auch von den KMK-Kompromissen lösen und durchsetzen, was wichtig ist. ■

Etwa 2,6 Milliarden DM konnten endgültig sichergestellt werden

Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR hat der Präsidentin des Deutschen Bundestages ihren Abschlußbericht über das Vermögen der SED/PDS, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und 16 weiterer politischer Organisationen der ehemaligen DDR übergeben.

Dieser Bericht ergänzt die bereits im August 1996 vorgelegten Abschlußberichte über das Vermögen der DDR-Blockparteien (Christlich Demokratische Union Deutschlands, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands und National-Demokratische Partei Deutschlands) sowie der Freien Deutschen Jugend.

Der gesetzliche Auftrag der Unabhängigen Kommission ist damit zu einem wesentlichen Teil erfüllt. Allerdings sind in Einzelbereichen noch Ermittlungen durchzuführen, Vermögenswerte in gerichtlichen Verfahren, etwa dem Novum-Verfahren, zu sichern und die Verwertung festgestellter und gesicherter Vermögenswerte zu begleiten. Der gesetzliche Auftrag der Unabhängigen Kommission ist nicht befristet.

Der Vorsitzende der Unabhängigen Kommission Dr. Christian von Hammerstein erklärte aus Anlaß der Übergabe des Berichts:

Die vom letzten Ministerpräsidenten der DDR auf Beschluß der frei gewählten Volkskammer eingesetzte und im Zuge der Wiedervereinigung von der Bundesregierung auf 16 Mitglieder erweiterte Unabhängige Kommission legt nach mehr als

achtjähriger Tätigkeit ihren Abschlußbericht vor.

Mit diesem Abschlußbericht entspricht die Unabhängige Kommission nicht nur ihrem gesetzlichen Auftrag aus dem Einigungsvertrag und den fortgeltenden Bestimmungen des Parteiengesetzes der DDR, sondern auch dem nach wie vor vorhandenen großen Interesse der Öffentlichkeit an Information über das frühere Vermögen der SED und der von ihr beherrschten Partei-

Die Unabhängige Kommission Parteivermögen hat ihren Abschlußbericht über das Vermögen der SED/PDS, des FDGB und 16 weiterer politischer Organisationen vorgelegt.

en und Organisationen. Die Öffentlichkeit erwartet insbesondere Aufklärung über den Verbleib des Vermögens der früheren DDR-Staatspartei SED sowie die Sicherstellung des Vermögens.

Die Unabhängige Kommission hat den verfassungspolitisch wichtigen Auftrag, der PDS die mit der wirtschaftlichen Allmacht der SED in der DDR verbundenen finanziellen Privilegien zu entziehen und damit die Chancengleichheit im freien Wettbewerb der Parteien herzustellen.

Dazu war es erforderlich, das Vermögen nicht nur der SED, sondern auch der von ihr beherrschten Parteien und politischen Organisationen zu ermitteln und bei der Sicherung, Verwaltung und Verwertung dieses Riesenvermögens durch die Treuhandanstalt mitzuwirken.

Außerdem hatte die Unabhängige Kommission zu prüfen und zu entscheiden, ob die Parteien und politischen Organisationen ihr Vermögen „nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes“ erworben hatten. Denn nur wenn diese Frage bejaht wurde, konnte es ihnen nach treuhänderischer Verwaltung wieder zur Verfügung gestellt werden.

Der Bericht zeigt, daß die Ermittlungen der Unabhängigen Kommission ungewöhnlich schwierig und zeitraubend waren. Die aufgrund der gesetzlichen Berichtspflicht der Parteien und politischen Organisationen vorgelegten Berichte waren weitgehend unbrauchbar.

Erschwert wurden die Ermittlungen insbesondere durch die Verschleierungs- und Verweigerungshaltung der Verantwortlichen der PDS. Die Partei hatte schon im Dezember 1989 ihre umfangreichen Maßnahmen zur Sicherung ihres Vermögens vor hoheitlichem Zugriff begonnen.

Im Frühjahr 1990 schaffte sie umgerechnet 245 Millionen DM durch Einschaltung ihrer ergebener Treuhänder beiseite und gründete mit dem Vermögen der SED über 100 Unternehmen. Erklärtes Ziel war das Verstecken von Parteigeldern. Kaum eine der unzähligen Fragen der Kommission an die Partei zu ihrem Vermögen wurde von dieser klar und eindeutig beantwortet.

Bei den meisten zu 17 Einzelkomplexen an mehr als 50 Orten auf Veranlassung der Unabhängigen Kommission durchgeführten Durchsuchungen und Beschlagnahmen

Christian von Hammerstein, Leiter der unabhängigen Untersuchungskommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und der Massenorganisationen der DDR:

„Die PDS hatte ein klares Ziel, Parteivermögen vor staatlichem Zugriff zu sichern.“

Bundesinnenminister Manfred Kanther: „Der Kern des Organisations- und Parteivermögens insbesondere der SED und ihrer Hilfsorganisationen ist damit sichergestellt.“

ging es um Ermittlungen zum Vermögen der SED/PDS.

Insgesamt konnten aus dem Vermögen aller Parteien und politischen Organisationen etwa 2,6 Milliarden DM endgültig sichergestellt werden. Hiervon entfallen allein auf die Vermögenswerte der Firma Novum in Höhe von 500 Millionen DM. Aus der weiteren Verwertung von Vermögenswerten der Parteien und Organisationen ist ein zusätzlicher Betrag von mindestens 244 Millionen DM zu erwarten.

Hierin enthalten sind auch die durch Verwertung der Grundstücke der Parteien und politischen Organisationen erzielten Erlöse. Die Parteien und politischen Organisationen verfügten über mehr als 6.100 Grundstücke. Davon entfielen allein auf die SED mehr als 1.600 Immobilien. Der FDGB mit dem ihm angeschlossenen Feriendienst besaß rund 1.700 Grundstücke.

Die genannten Zahlen beinhalten zugleich das Vermögen, dessen Erwerb durch die Parteien und politischen Organisationen der DDR nach Auffassung der Unabhängigen Kommission materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes entsprach.

Nach den Entscheidungen der Unabhängigen Kommission konnten dabei der PDS aus treuhänderischer Verwaltung nur die Grundstücke wieder zur Verfügung gestellt werden, die die SED aus dem Vermögen der Weimarer KPD erhalten hatte.

Um das Vermögen der Parteien und politischen Organisationen möglichst bald den im Einigungsvertrag vorgesehenen gemeinnützigen Zwecken in den neuen Län-

den zuführen zu können, handelte die Unabhängige Kommission mit der PDS und den meisten anderen Parteien und politischen Organisationen, soweit sie nicht wie die CDU auf die Rückgabe verzichtet hatten, auf der Grundlage ihrer Entscheidungen zum materiell-rechtsstaatlichen Erwerb Vergleiche aus.

So wurde mit der PDS im Mai 1992 ein Vergleich über ihr Auslandsvermögen und im Juli 1995 ein Vergleich über ihr Gesamtvermögen abgeschlossen. Beide Vergleiche beinhalteten den Verzicht auf alle Vermögenswerte, außer denen, die schon zum Vermögen der Weimarer KPD gehört hatten.

Nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages waren die sichergestellten Vermögenswerte für gemeinnützige Zwecke in den neuen Ländern zu verwenden. So wurden mehr als 760 Millionen DM für Kultur- und Forschungsförderung sowie wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen eingesetzt.

In diesem Zusammenhang wurde durch den Gesetzgeber im Altschuldenregelungsgesetz vom März 1997 festgelegt, daß bis zum Jahre 2004 die verfügbaren Mittel aus dem Parteivermögen bis zu einem Betrag von 735 Millionen DM zur Begleichung der Altschulden der neuen Länder sowie in Höhe von 50 Millionen DM für Zwecke des Denkmalschutzes zu nutzen sind.

Vernichtendes Urteil über die PDS

Ein weiteres dunkles Kapitel DDR-Geschichte ist geschlossen: Nach achtjähriger Arbeit hat nun die unabhängige Kommission Parteivermögen ihren Abschlußbericht vorgelegt. Die Gutachter, die ihr Amt in erster Linie einem Beschluß der letzten frei gewählten Volkskammer verdanken und vom Einigungsvertrag bestätigt wurden, fällen darin über die PDS ein wahrlich vernichtendes Urteil. Denn deren Chefs Bisky, Gysi und Genossen, die mit Liquidation der kommunistischen Einheitspartei von der SED Milliardenwerte übernahmen, hätten systematisch versucht, dieses Geld vor staatlichem Zugriff zu sichern.

Bezeichnendes Licht

Die Ermittlungen der Kommission hätten die PDS-Verantwortlichen mit Verschleierungstaktik und Verweigerungsmanövern zu behindern gewußt. Der Kommissionsvorsitzende Christian von Hammerstein entschuldigte sich beinahe für seine klaren Worte. Auch wenn Wahlkampf sei, müsse dennoch festgestellt werden, daß das zutage tretende Verhalten der PDS ein bezeichnendes Licht auf deren Demokratieverständnis werfe.

Die Welt

Helmut Kohl für Neubesinnung auf immaterielle Werte

Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine „Neubesinnung auf immaterielle Werte“ in Deutschland gefordert. Er verwies in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „impulse“ insbesondere auf die „Frechheit“, mit der mittlerweile

Steuern hinterzogen würden. Dies habe es bislang nicht gegeben. Der Kanzler fügte hinzu: „Kein Staat erträgt es auf Dauer, daß die Anständigen, die das Land zusammenhalten, meinen, sie seien die Dummen.“

Wolfgang Schäuble:

Was ist Zukunft?

Wir Christliche Demokraten wollen eine humane, keine kalte Gesellschaft, eine notwendigerweise sich wandelnde – denn nichts bleibt, wie es war –, aber lebenswerte Gesellschaft, eine Zukunft, für die es sich lohnt, die vor uns liegenden Anstrengungen auf sich zu nehmen.

Wir wissen so wenig wie andere, wie sich in einzelnen die Zukunft darstellen wird. Wir müssen stetig ins Offene und Unge- wisse gehen. Auf viele Fragen, die die Menschen bedrängen – Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Kriminalität, Wan- derungsbewegungen, Umweltschäden – gibt es keine endgültigen Antworten. Aber es lassen sich Prinzipien entwickeln, die in ihrer Summe ein Ordnungsmuster erge- ben, mit dem die Herausforderungen be- wältigt werden können.

Vor welchen Herausforderungen diese Ge- sellschaft an der Jahrtausendwende im Zei- chen einer immer enger zusammenwachs- enden Welt steht und wie sie bewältigt werden können, ein Zukunftsbild, das nicht immer nur die vielbeschworenen Ge- fahren, sondern auch die großen Chancen der Globalisierung zeigt, wie sich neue Wege in Orientierung an festen Werten fin- den lassen, das haben wir mit dem Zu- kunftsprogramm zu zeigen versucht, das die CDU Deutschlands auf ihrem 10. Par- teitag am 19. Mai in Bremen verabschiedet hat. Lassen Sie mich einige der Themen aus diesem Zusammenhang ansprechen:

Die Welt um uns ist in Bewegung geraten. Mit atemberaubendem Tempo entwickeln sich Länder und Kontinente aufeinander zu – Stichwort Globalisierung der Märkte, Globalisierung des Wissens, Globalisie-

rung aber auch aller Daseinsrisiken. Die Welt rückt enger zusammen, Entfernungen schrumpfen, Grenzen schützen nicht mehr. Ob Umweltgefahren oder Fragen der inne- ren und äußeren Sicherheit – längst sind die Probleme dieser Welt unteilbar gewor- den. Die Welt ist, auch was die Gemein- samkeit der Risiken, der Bedrohungen und vor allem der Verteilungskonflikte anbe- trifft, ein „globales Dorf“ geworden.

Wir können darum nicht mehr wie zu Lud- wig Erhards Zeiten im Bezugsrahmen der

Aus dem Vortrag des Vorsitzen- den der CDU/CSU-Bundestags- fraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem Diskussionsforum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU „Die Zukunft der Gesellschaft – (k)eine alltägliche Aufgabe?!“ am 17. August im Wissenschaftszentrum Bonn

Volkswirtschaften denken. In der enger werdenden weltwirtschaftlichen Verflech- tung wachsen die Märkte zusammen, neue Informations- und Kommunikationstech- nologien ermöglichen den Zusammen- schluß der Kapitalmärkte und die Vernet- zung von Produktionskapazitäten. Moderne Verkehrsinfrastruktur erlaubt den schnellen und preiswerten Transport von Gütern rund um den Globus. Jeder Stand- ort steht heute in unmittelbarer Konkur- renz mit jedem anderen Standort auf der Welt, in einem harten Wettbewerb um Pro- duktionsanteile und Arbeitsplätze.

Wenn wir unserem Land das erreichte Niveau an wirtschaftlichem und sozialem Wohlstand dauerhaft sichern wollen, dann geht das nur, wenn wir uns diesem Wettbewerb erfolgreich stellen. Unsere gesamte Unternehmenslandschaft befindet sich gegenwärtig im Umbruch; wir stehen inmitten einer tiefgreifenden Umstrukturierung unserer Arbeitswelt mit allen Konsequenzen für unser Bildungssystem, für unser System sozialer Sicherung, für das Zusammenleben der Menschen. Unser Land hat gute Chancen, im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. An Kreativität und Fleiß mangelt es uns nicht. In einer globalisierten Wirtschaft müssen wir uns daran gewöhnen, bei unseren eigenen Entscheidungen dem Gesichtspunkt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit im Zweifel den Vorrang zu geben vor dem Gesichtspunkt der nationalen Verteilungsgerechtigkeit. „Damit Bewährtes erhalten werden kann, muß sich vieles ändern.“ Dieses Wort des italienischen Schriftstellers Giuseppe Tomasi di Lampedusa trifft unsere Lage an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Die Chancen sehen

Die Welt um uns verändert sich mit atemberaubender Geschwindigkeit und damit verändern sich durchgreifend auch unsere Lebensverhältnisse. Alle fünf Jahre, so hat man geschätzt, verdoppelt sich das menschliche Wissen. Die Arbeitswelt unserer Kinder wird mit der Arbeitswelt unserer Eltern nur noch wenig gemein haben. Die meisten von uns tun sich zunehmend schwer, mit dem Tempo dieser Veränderungen Schritt zu halten. Es herrscht eine weitverbreitete Unsicherheit über Ziele und Maßstäbe richtigen Handelns, Symptom einer tieferliegenden Sinn- und Orientierungskrise unserer Gesellschaft. Damit nicht nur das Bedrohliche der Veränderungen und die Gefahren der Globalisierung wahrgenommen werden, gilt es,

auch die großen Chancen aufzuzeigen, die sich für unser Land als zweitgrößter Exportnation daraus ergeben, und an die Werte und Prinzipien zu erinnern, die unseren Reformen Halt und Richtung geben.

Systematisch unterfordert

Eines dieser Leitprinzipien heißt Eigenverantwortung. Vertrauen in die Menschen, nicht in die Apparate, das ist das einer freiheitlichen Gesellschaft gemäße Prinzip sozialen Zusammenlebens. Der einzelne zählt. Es entspricht unserem Menschenbild, unserem Verständnis vom Menschen als unverfügbarer Person, die mit Freiheit und der damit zusammenhängenden Möglichkeit – und Last – freier Entscheidung ausgestattet ist. Freie Entscheidung, das ist nicht nur die Lizenz zur Selbstentfaltung, das ist auch die Pflicht zur verantwortlichen Entscheidung, zur Übernahme von Verantwortung für sich, seine Nächsten und die Gemeinschaft.

Meine Sorge ist heute weniger, daß wir die Menschen mit der Aufforderung zu mehr Eigenverantwortung und persönlichem Einsatz überfordern; meine Sorge ist, daß wir sie in der Vergangenheit mit einem Zuviel an staatlicher Entlastung und Fürsorge systematisch unterfordert haben, daß wir das durchaus vorhandene Potential an solidarischen Kräften sinnlos zugeschüttet haben. Dabei haben die Ordnungen, die an Eigeninteresse und Eigenverantwortung des einzelnen ansetzen, immer die besseren Ergebnisse erzielt als solche, die zuerst in kollektiven Regelungsmechanismen denken, und zwar weil sie Phantasie und Kreativität ganz anders freisetzen, und das sind noch immer unsere wichtigsten Ressourcen. Der mündige, nicht der „betreute Mensch“, wie Helmut Schelsky einmal gemahnt hat, ist unser Leitbild. Was wir heute vor allem brauchen, das ist nicht Anspruchsdenken und Besitzstandswahrung, sondern eine Kultur

der Selbständigkeit und des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements.

Mehr Eigenverantwortung, das gilt z.B. für den Bereich der Alterssicherung. Die Sorge für die Erhaltung im Alter ist eines der Hauptbeispiele dafür, daß Freiheit nicht ohne Solidarität sein kann, wenn wir in einer humanen Gesellschaft leben wollen. Unser Leitbild bleibt darum die Partnerschaft und Solidarität der Generationen. Daneben aber müssen wir vor allem junge Menschen ermutigen, frühzeitig ergänzend für das Alter vorzusorgen, und darauf achten, daß ihnen auch die entsprechenden finanziellen Spielräume – Stichwort: Steuerreform – dafür bleiben.

Freiräume für Eigenverantwortung schaffen heißt auch, daß wir darauf achten müssen, daß über kollektive Vorsorgesysteme nicht die Kraft natürlicher Solidarbeziehungen geschwächt und gemeinschaftsfördernde Entwicklungen begünstigt werden. Es kann nicht sein, daß z.B. eine Mutter, die 5 Kinder großzieht, am Ende eine minimale Rente bekommt, während ihre Kinder allmonatlich hohe Beiträge für diejenigen leisten, die ihrerseits keine Kinder großgezogen und darum wunderbare Erwerbsbiographien und Rentenansprüche haben. Wir sagen darum: Wer Kinder großzieht, soll künftig weniger in die Rentenversicherung einzahlen als Kinderlose.

Öko-Audit nennt man das

Mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Kontrolle, das gilt z.B. auch im Umweltschutz. Wir müssen die Sachkenntnis und Kreativität, die bei den Unternehmen und bei deren Mitarbeitern selber vorhanden ist, im Interesse des bestmöglichen Umweltschutzes stärker aktivieren. Öko-Audit nennt man das, die freiwillige Optimierung aller umweltrelevanten Abläufe in einem Unternehmen. Der Umwelt nützt das im Ergebnis mehr, als wenn das Unternehmen für eine neue Anlage, die von Top-In-

genieuren geplant wurde, im Ergebnis nicht zu beanstanden ist und alle Standards hervorragend erfüllt, erst mal 6 Monate auf die formelle behördliche Genehmigung warten muß, bevor es sich der internationalen Konkurrenz stellen kann.

Community Policing

Eigenverantwortung vor staatlicher Reglementierung, das gilt vor allem auch im Tarifbereich. Die Regelung der Arbeitsbedingungen soll vorrangig in die Verantwortung der Tarifparteien fallen. Bei den Themen Schlechtwettergeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben wir darum die Regelungstiefe durch den Staat zurückgenommen und es den Tarifparteien übertragen, Kosten und Nutzen der denkbaren Regelungen in eigener Verantwortung zu wägen und eine sachnahe Lösung im Interesse der Beteiligten zu finden.

Eigenverantwortung und bürgerschaftliches Engagement als Leitprinzipien, das reicht bis zu den Fragen der Kriminalitätsvermeidung und der Rückeroberung unserer Innenstädte. Vielfältige Ansätze zur Kommunalen Kriminalprävention lernen heute von den amerikanischen Konzepten des „Community Policing“ und setzen auf die Zusammenarbeit von Kommunen, Polizei, Geschäftsleuten und Bürgern. Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Viertel und nicht Wegschauen, das gilt auch für zahlreiche Nachbarschaftsinitiativen und freiwillige Polizeihelfer zur Unterstützung der Polizei. Die spektakulären Erfolge in Amerika machen Mut und Hoffnung, daß Probleme lösbar sind, wenn die Bürger sie als eigene Verantwortung erkennen und nicht nur nach dem Staat rufen.

Ein anderes unserer Leitprinzipien zur Gestaltung der Zukunft heißt Dezentralisierung. Daß die Zeit der großen Bürokratien und Apparate am Ende des 20. Jahrhunderts vorbei ist, darüber ist eigentlich kein Wort mehr zu verlieren. Nichts hat das so

deutlich gezeigt, wie der Kollaps der Zentralverwaltungswirtschaften des Comecon-Systems Ende der achtziger Jahre.

Wir setzen dagegen: Kleine Einheiten, in denen die Menschen die Lage vor Ort kennen und unmittelbar Zugriff haben, die sich persönlich verantwortlich fühlen, finden im Zweifel die besseren Lösungen, haben mehr Phantasie und Kreativität als bürokratische Großorganisationen. In einer Welt, in der das Tempo der Veränderungen immer schneller wird, sind flexible Einheiten anpassungsfähiger. Deshalb wollen wir die Kompetenzen der unteren Einheiten stärken.

Die kleinen Einheiten

Ihren letzten sozialphilosophischen Grund hat diese Option für die kleinen Einheiten im Subsidiaritätsprinzip. Seine Formulierung hat dieses Prinzip 1931 in der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno* gefunden:

„Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen.“

Das Subsidiaritätsprinzip ist trotz dieses klassischen Zitats gewiß kein spezifisch „katholisches“ Prinzip, auch wenn es ein prägnanter Beleg dafür ist, wie wichtig der Beitrag der Kirchen für die Selbstvergewisserung und das Funktionieren auch des freiheitlichen, säkularen Staates ist. Es war schon in der Enzyklika *Quadragesimo anno* ausdrücklich nicht theologisch, sondern als sozialphilosophischer Grundsatz begründet worden. Und es beruht im Grunde auf einem sehr viel älteren Gedanken, der die abendländische Sozialphilosophie seit der Antike geprägt hat: auf dem

Gedanken des rechten Maßes und der Mitte, des Ausgleichs und der Vermittlung der Extreme.

Subsidiarität und Dezentralisierung, das sind nicht nur Konzepte für die Gestalt der Europäischen Union, die sich seit dem Vertrag von Maastricht als eine „Union der Völker Europas, die die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten achtet“, definiert und das Subsidiaritätsprinzip in ihr Verfassungsrecht geschrieben hat. Subsidiarität und Dezentralisierung sind auch die maßgeblichen Leitprinzipien, wenn wir in den nächsten Jahren an die Reform unseres Föderalismus gehen. Denn die immer weitere Verlagerung von Länderkompetenzen auf den Bund und die gleichzeitige Kompensation der Länder durch Einspruchsrechte über den Bundesrat hat der Funktionsfähigkeit unseres Föderalismus, wie wir in der Blockadepolitik der SPD in den letzten beiden Jahre gesehen haben, nicht gutgetan. Und Subsidiarität und Dezentralisierung sind auch die Maßstäbe, wenn es darum geht, Freiräume für Privatinitiative, Risikobereitschaft und Schaffensfreude zu eröffnen.

Heimat und Region

Dezentralisierung und Regionalisierung, die Wertschätzung von Heimat und Region, darin scheint mir auch ein bisher nicht hinreichend erkanntes und genutztes Potential zu liegen, um mit den Herausforderungen und Zumutungen der Globalisierung fertig zu werden. In einer Welt, die Trennendes überwindet, sich für Handel und Wandel öffnet und immer mehr zusammenwächst, gerade in einer solchen Welt wird für die Menschen die Verwurzelung in Stadt und Land, in der Heimatregion immer wichtiger. Das regionale Umfeld bildet ein Gegengewicht zu allem, was da von weither heranbrandet. Es hilft, die eigene Identität zu bewahren, hilft sich zu orientieren inmitten von so viel Unübersichtlichkeiten.

Meilenstein für die Hochschulen

Anlässlich der Unterzeichnung des Hochschulrahmengesetzes durch den Bundespräsidenten erklärte der Berichterstatter für Hochschulpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel:

Nach 20 Jahren Diskussionen ist nun ein entscheidender Meilenstein erreicht: Das von Bildungsminister Dr. Rüttgers vorgelegte Hochschulrahmengesetz tritt mit der heutigen Unterschrift des Bundespräsidenten in Kraft! Das Signal für die dringend erforderliche Reform der Hochschullandschaft steht damit auf grün! Das Taktieren und Blockieren der SPD, diese wichtige Reformmaßnahme zu verhindern, war erfolglos.

Die Bundesländer sind nunmehr gefordert, den durch das Gesetz gegebenen Freiraum unverzüglich an die Hochschulen weiterzugeben, damit der „Ruck durch die Hochschullandschaft“ schnellstens Wirkung zeigt.

Auch den Wissenschaftsministern der SPD-geführten Länder dürfte am Inkrafttreten des Gesetzes gelegen sein. Andernfalls hätten sie die geplanten

Reformvorhaben ihrer Landeshochschulgesetze nämlich nicht realisieren können.

Das Hochschulrahmengesetz bringt mehr Wettbewerb, nicht, um einzelne Fakultäten oder Regionen zu bevorzugen, sondern damit die einzelnen Hochschulen im Rahmen einer stärkeren Differenzierung effektiver arbeiten können und für die Studierenden – auch die ausländischen – attraktiver werden. Das Gesetz liefert die Instrumente dazu: Evaluation der Hochschulen, Einführung international gültiger Abschlüsse, ein hochschuleigenes Auswahlverfahren für einen Teil der Studienplätze.

Bessere Betreuung

Aber auch Maßnahmen, um bei den Studierenden wieder Freude am Lernen zu wecken: bessere Betreuung, keine Einstellung von Professoren ohne pädagogische Eignung, Freischußregelung für alle Studiengänge, Erleichterung der Mobilität durch gegenseitige Anerkennung erbrachter Leistungen.

Politik in Zeiten des Wandels steht vor einem Dilemma: Sie muß den veränderten Herausforderungen gerecht werden und zugleich das Bedürfnis der Menschen nach Stabilität, Berechenbarkeit und Kontinuität achten. Sie muß reagieren und gestalten, antreiben und beruhigen, erneuern und bewahren zugleich. Stillstand ist so unerwünscht wie die Zumutungen des Wandels. Regieren im Zeitalter der Globalisierung muß also das Kunststück fertig bringen, das Tempo der Veränderung zu halten, aber nicht in die Beschleunigungsfalle zu tapen.

Eine Regierung, die unter diesen Vorzeichen um ein Mandat für ein Programm der Erneuerung wirbt, sieht sich dann schnell der Entgegnung ausgesetzt: „Ja, warum habt ihr es denn nicht gemacht in den letzten 16 Jahren?“ Aber: Keine Regierung der Welt wird je am Ende der Legislaturperiode mit der Bilanz vor den Wähler treten können, alles Nötige sei nun getan, die Regierungstätigkeit gewissermaßen am Ziel. Denn: Das Paradies auf Erden zu errichten, das können wir aus unserer existentiellen Situation heraus niemals. ■

Erfolgreiche CDU-Kulturpolitik wird fortgesetzt

Die CDU-geführte Bundesregierung wird ihre erfolgreiche Kulturpolitik auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Der für Kultur zuständige Staatsminister im Kanzleramt, Anton Pfeifer, erläuterte in diesen Tagen in einem ausführlichen Pressegespräch den hohen Stellenwert, den die Kulturpolitik auch im Bundeshaushalt für das Jahr 1999 genießen wird.

„Für die Bundesregierung ist die staatliche Kulturförderung eine Investition in die Zukunft mit dem Ziel, die Vielfalt, Kreativität und Spontanität des Kulturlebens in Deutschland zu sichern und die aktive Teilnahme der Menschen unseres Landes zu ermöglichen“, erklärte Pfeifer.

Zur Verwirklichung dieses Ziels wird im Haushalt für das kommende Jahr die Rekordsumme von 1,2 Milliarden DM zur Förderung der kulturellen Aufgaben des Bundes bereitgestellt. Die Kulturausgaben des Bundes haben sich damit seit 1983 mehr als verdreifacht, kein anderer Einzeletat weist eine vergleichbare Steigerung auf.

Anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl hatte die Kulturpolitik unter Bundeskanzler Helmut Kohl zuletzt durch den Deutschen Kulturrat eine bedeutende Würdigung erfahren. In seiner Eigenschaft

als Geschäftsführer des Kulturrates lobte Olaf Zimmermann die ausgezeichneten Kenntnisse der CDU in der Kulturpolitik und fand besonders anerkennende Worte für die Vision der CDU zur Vermittlung einer breit angelegten Medienkompetenz in allen Schichten der Bevölkerung.

Neu aufgenommen in die Kulturförderung 1999 wird die Klassikerstadt Weimar, die im kommenden Jahr insgesamt 16 Millionen Mark als europäische Kulturhauptstadt erhalten wird. Gefördert wird auch die Stadt Leipzig, bereits jetzt eine der Städte in Deutschland mit dem reichhaltigsten Kulturangebot. Für den Neubau eines Museums der bildenden Künste am Sachsenplatz, im Herzen der traditionsreichen Messestadt, stellt die Bundesregierung bis 2001 zehn Millionen DM zur Verfügung.

Mit Mitteln des Bundes wird darüber hinaus in Leipzig ein „Haus der Deutschen Einheit“ errichtet, das eine Ausstellung der Geschichte des Widerstands in der SED-Diktatur und der Bürgerrechtsbewegung aufnehmen wird. Den größten Zuwachs darf im kommenden Jahr der Denkmalschutz erwarten, wo die Mittel von 45,6 in diesem auf 73,3 Millionen Mark im nächsten Jahr wachsen werden.

Kultursenator Peter Radunski:

Deutschland braucht kein Bundeskulturministerium

Nach unserer Verfassung liegt die Zuständigkeit für Kunst und Kultur grundsätzlich bei den Ländern und nicht beim Bund. Das ist gut so. Wir brauchen in Deutschland kein Bundeskulturministerium ohne Kompetenzen. Die Stiftung einer kulturellen Identität, gerade auch im Ausland, ist Sache des Bundespräsidenten, des Kanzlers und des Außenministers.

CDU ist Garant für eine aktive Kulturpolitik

Von Kultursenator
Peter Radunski

Der Deutsche Kulturrat hat alle im Bundestag vertretenen Parteien auf ihre sogenannten „Wahlprüfsteine“ abgefragt. Das Ergebnis kann kulturpolitische Insider nicht überraschen. Der CDU werden exzellente Kenntnisse der Kulturlandschaft attestiert.

Keine andere Partei, so der Geschäftsführer des Kulturrates, Olaf Zimmermann, kenne sich in diesem Bereich so gut aus wie die Christdemokraten. Der kulturpolitische Entwurf der SPD wurde dagegen als „knapp und lustlos“ bezeichnet. Den Sozialdemokraten, so der Kulturrat, sei es offenbar nicht gelungen, Visionen auf dem Gebiet der Kultur zu entwerfen.

Diese Einschätzung ist bezeichnend für die aktuelle kulturpolitische Debatte in der Bundesrepublik. Die SPD hat sich mit der Nominierung von Michael Naumann für das Amt eines „Bundeskulturbeauftragten“ für einige Wochen öffentlich in Szene setzen können. Auf neue Ideen, kulturpolitische Visionen oder auch nur profane Mittelzusagen warten die interessierten Beobachter seitdem vergebens.

Naumanns Forderung nach einem Dokumentationszentrum über die Schrecken der Nazizeit konnten nicht ernst genommen werden. Die Bundesregierung und das Land Berlin bauen gerade ein solches Dokumentationszentrum für rund 45 Millionen Mark auf dem Gelände der „Topographie des Terrors“. Naumanns Behauptung, die Berliner Museen würden „auf Diät gesetzt“, muß angesichts der vorliegenden Zahlen sehr verwundern. Berlin verfügt über 170 Museen und investiert in den nächsten Jahren mehr als 2 Milliarden (!) Mark in fast 20 Museumsprojekte in der

Hauptstadt: Das ist europaweit einmalig! Mit der Eröffnung der Gemäldegalerie vor wenigen Wochen und der Eröffnung des Jüdischen Museums im nächsten Jahr rückt Berlin nun endgültig in die Weltmuseumsmetropolen vor. Die Berufung von Herrn Naumann nur ein Mediengag?

Nach unserer Verfassung liegt die Zuständigkeit für Kunst und Kultur grundsätzlich bei den Ländern und nicht beim Bund.

Berlin und Niedersachsen haben ein Haushaltsvolumen von rund 40 Milliarden Mark. Berlin investiert pro Jahr mehr als 750 Millionen Mark in seine Kultur. Niedersachsen nur 450 Millionen. Herr Schröder und Herr Naumann machen Sprüche. Die Union handelt im Sinne der Künstlerinnen und Künstler!

Das ist gut so. Wir brauchen in Deutschland kein Bundeskulturministerium ohne Kompetenzen.

Die Stiftung einer kulturellen Identität, gerade auch im Ausland, ist Sache des Bundespräsidenten, des Kanzlers und des Außenministers. Wichtiger als die Installation eines Bundeskulturministers ist es, den Dialog zwischen Politik und Kultur dauerhaft zu organisieren. Die kulturelle Gestaltungskraft der Bundespolitik erhöht sich nicht durch einen Beauftragten für Kultur, sondern über die Erhöhung der staatlichen Finanzmittel. Wer mehr will, stellt den Kulturföderalismus in Frage. André Malraux und Jack Lang waren Exponenten eines Zentralstaates.

TV-Spots in ARD und ZDF

		ARD	ZDF
Freitag,	4. 9.	21.44 Uhr	
Samstag,	5. 9.		22.30 Uhr
Dienstag,	8. 9.	22.04 Uhr	
Mittwoch,	9. 9.		17.50 Uhr
Donnerstag,	10. 9.	20.59 Uhr	21.15 Uhr
Montag,	14. 9.		22.15 Uhr
Mittwoch,	16. 9.	17.42 Uhr	
Freitag,	18. 9.		22.50 Uhr
Samstag,	19. 9.	22.29 Uhr	
Dienstag,	22. 9.	21.34 Uhr	17.50 Uhr
Freitag,	25. 9.	22.29 Uhr	22.15 Uhr

Die Einbindung verschiedener Politikbereiche in die Verantwortung für kulturpolitische Zielsetzungen führt offensichtlich nicht zur „Zersplitterung“, sondern zu erhöhter Durchsetzungskraft und fördert Ideenreichtum und Vielgestaltigkeit bei den Fördermaßnahmen. Die Einbindung klassischer Ressorts in die kulturpolitische Verantwortung des Bundes hat sich als ausgesprochen wirkungsvoll erwiesen. Sie hat auch dazu geführt, daß die Bundesmittel für die Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland von 1983 bis heute mehr als verdreifacht werden konnten. Allein im laufenden Haushaltsjahr werden Bundesmittel in Höhe von rund 1,2 Milliarden Mark für kulturelle Aufgaben im Inland zur Verfügung gestellt. Kein anderer Einzeletat des Bundeshaushaltes weist eine vergleichbare Steigerungsrate auf.

Die entscheidende Verbesserung des Künstlersozialversicherungsgesetzes, neue Wege im Sponsoringbereich, Entlassungen für Künstlerinnen und Künstler durch die von der Regierung geplante große Steuer-

reform, die Abschaffung des Durchlaufspendenverfahrens, all dies sind klare Signale der Bundesregierung für eine deutliche Verbesserung der künstlerischen Arbeit in unserem Land.

Klar ist aber auch, daß die Bundesregierung sich stärker in der neuen Hauptstadt engagieren muß. Die Zeichen hierfür stehen bei der jetzigen Bundesregierung sehr gut.

Auch der Deutsche Bundestag wird sich, so die fraktionsübergreifende Meinung, mit der Einrichtung eines eigenen Parlamentsausschusses für Kulturpolitik in der nächsten Legislaturperiode stärker kulturpolitisch engagieren.

Was alle Parteien in ihrer politisch-programmatischen Arbeit verhindern müssen ist, daß der Wirtschafts- und Sozialstaat gegen den Kulturstaat ausgespielt wird. Wir dürfen unsere geistig-imateriellen Werte und Bedürfnisse nicht allen den materiellen Anforderungen unterwerfen. ■

Argumente

Leitsätze für die Schule von morgen

Ein bildungspolitisches Konzept der radikalen Umkehr stellt die CDU dem Versagen von Rot-Grün in der Schulpolitik überall da entgegen, wo die SPD regiert.

1: Wir brauchen ein ordentliches controlling an den Schulen.

Dazu gehört für uns die Orientierung an staatlichen Vorgaben, d. h. an konkreten Lehrplänen und Curricula, an einem festen Fächerkanon und an Ziffernnoten. Die Schulaufsicht, die die Erfüllung dieser Vorgaben überprüft, darf nicht zu dem rein pädagogischen Beratungsdienst verkommen, den die rot-grünen Landesregierungen einzig und allein anstreben. Aus der in unserer Verfassung vorgesehenen Verantwortung für Bildungsfragen kann kein Bundesland entlassen werden.

2: Wir brauchen zentral durchgeführte Abschluß- prüfungen – besonders an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, aber auch an Gesamtschulen.

Wie ein klar strukturierter Fachunterricht zu besseren Schülerleistungen führt als ein nach Lernbereichen gegliederter Unterricht, führen auch zentrale Abschlußprüfungen dazu, das allgemeine Leistungsniveau erheblich anzuheben. Allein Zentralprüfungen schaffen auch die Voraussetzungen für regionale und überregionale Leistungsvergleiche.

3: Wir brauchen länder- übergreifende Leistungs- vergleiche.

Mehr Wettbewerb im Bildungswesen und im Zusammenhang damit ein regelmäßiger internationaler Leistungsvergleich sichert nachhaltig die Qualität unserer Bildung. Mit anderen Worten: Wer die bildungspolitische Einheitlichkeit Deutschlands und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Schulen will, muß auch für die Teilnahme der Bundesländer an regelmäßigen Qualitätskontrollen und für Ländervergleiche sein.

4: Wir brauchen das gegliederte Schulsystem.

Unterschiedliche Talente müssen unterschiedlich gefördert werden. Das gegliederte Schulsystem mit seinen klar definierten Schulprofilen ist eine bessere Voraussetzung für höhere Schulleistungen und für eine ungestörte Persönlichkeitsentwicklung als ein integriertes oder Einheitsschulsystem.

Im Klartext: Uneinheitliche Leistungsanforderungen unterschiedlicher Schulsysteme widersprechen der in der Verfassung vorgesehenen Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und der Chancengleichheit.

Für Eltern, die von einem Bundesland in ein anderes umgezogen sind, hat sich diese Uneinheitlichkeit häufig genug als Behinderung des Rechts auf Freizügigkeit ausgewirkt.

Die Einhaltung fester Stundentafeln ist die Grundlage eines soliden Fachunterrichts. Deren Preisgabe, die Abschaffung von Noten in der 3. Grundschulklasse und der Wegfall verbindlicher Eignungsgutachten am Ende der 4. Grundschulklasse, den die Kultusministerin Behler neuerdings in Nordrhein-Westfalen eingeführt hat, sind für die CDU nicht akzeptabel und müssen rückgängig gemacht werden.

5: Wir brauchen eine Umkehr in der Lehrerausbildung.

Ergebnisse wissenschaftlicher Qualitätskontrolle müssen stärker als bisher Eingang in die Lehrer-Aus- und Lehrer-Fortbildung finden. Dabei müssen wissenschaftliche Ausbildung und pädagogische Qualifikation wieder in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Mit der rapiden Zunahme der Bedeutung mediengestützter Information gewinnt gerade auch die pädagogische Aufgabe zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist die in den rot-grün regierten Ländern geplante Einheitslehrer-Ausbildung Gift für unsere jungen Menschen. Die CDU will eine Reform der Lehrerausbildung, die dazu führt, die Rolle des Lehrers zu stärken.

6: Wir brauchen ein klares Ja zu einem verbindlichen Fächerkanon.

Die Kernfächer Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, Geschichte und Religion müssen wieder bis zum Abitur obligatorisch sein. In Abstimmung mit Wirtschaft und Hochschule gehört zu einem Fächerkanon zukunftsfähiger Schulen

die Vermittlung von Kenntnissen auch in den Bereichen Technik und Multimedia, Wirtschaft und Arbeitswelt. Im Zeichen der europäischen Einigung muß man sich darüber im klaren sein: z. B. Englisch und Französisch sind keine Fremdsprachen, sondern europäische Amtssprachen.

Ganz konkret bedeutet das für eine Reform der gymnasialen Oberstufe:

- Die nicht abwählbaren Kernfächer werden schriftlich im Abitur geprüft.
 - Zum sog. „weiteren Pflichtbereich“ oder „Wahlpflichtbereich“ gehören mindestens eine Naturwissenschaft, eine weitere Fremdsprache, Geschichte, Religion oder Ethik bzw. Praktische Philosophie, Musik oder Kunst und Sport.
 - Alle Kurse eines Kurssystems **ohne** Leistungskurse müssen 4stündig in stabilen Lerngruppen belegt werden.
 - Die zentral durchgeführten Abiturprüfungen werden in 5 Fächern abgehalten.
- Die CDU will das Abitur nach nur 12 Jahren Schule, damit wir den Anschluß an die gängige Praxis in vielen europäischen Ländern kriegen. Die CDU-geführten Länder Thüringen und Sachsen zeigen, daß ein Abitur auch nach 12 Jahren ohne Lernverluste organisiert werden kann.

Herbert Reul, Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur: Bei den dringenden Reformen geht es generell um nachhaltige Qualitätssicherung an unseren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Im Mittelpunkt muß die stärkere Vermittlung solider Grundbildung stehen. Rot-grüne Spaß- und Spielschulen sind ein fataler Irrweg. Unser Prinzip lautet: „Lernen fördern – Leistung fordern“.

Bundespräsident Roman Herzog:
„Es gibt keine Bildung ohne Anstrengung.“

„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“
(Bild, 12. 6. 1989)

Als „reaktionär und hochgradig gefährlich“ hat der niedersächsische SPD-Fraktionsvorsitzende Schröder den Versuch der CDU bewertet, die „Wiedervereinigung als ein realistisches Ziel deutscher Politik darzustellen“.
(Hannoversche Allgemeine Zeitung, 27. 9. 1989)

Die Hoffnung auf Wiedervereinigung beider deutscher Staaten hat der niedersächsische Oppositionsführer Gerhard Schröder als eine „Lebenslüge“ bezeichnet.
Weiter sagt er: „Es würde nichts aufgegeben, was nicht längst aufgegeben wäre.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12. 3. 1987)

Selbst als die Stunde der Einheit gekommen war, versagte Schröder.
615. Sitzung des Bundesrates, 22. 6. 1990: Niedersachsen lehnt unter Führung von Ministerpräsident Schröder das Gesetz zu dem Vertrag vom 18. Mai über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion ab, zusammen mit dem von Lafontaine regierten Saarland.

Statt dessen bewunderte er Honecker und Krenz:

● Gerhard Schröder über Erich Honecker:
„Das ist ein zutiefst redlicher Mann.“
(1985)

● Gerhard Schröder über Egon Krenz:
„Ein netter und kluger Mensch.“
(1987)

Arnold Schoenburg, Geschäftsführer der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, Anfang August diesen Jahres zum Verhältnis Schröder-PDS:
„Ja, ich bin über den Herrn Schröder etwas erstaunt, denn wahr ist, auch ich bin sozusagen 1989 nicht neu geboren und habe als Mitarbeiter im Zentralrat der FDJ gedient, und damals war der Herr Schröder, das weiß ich als Augenzeuge, ein guter Freund der FDJ und der SED und der DDR und hatte keinerlei Probleme mit diesem politischen System, und er war auch ein ganz persönlicher Freund von Egon Krenz, und ich kann das sozusagen wirklich aus der Sicht sagen. Und da hat es mich verwundert, daß der Herr Schröder heute mit der PDS Probleme hat. Das ganze halte ich sozusagen für nichts weiter als für Wahlkampfgetöse.“

Herrn Egon Krenz, Mitglied des Politbüros

Marx-Engels-Platz, 1020 Berlin
Hannover, 31. Januar 1986

Lieber Egon Krenz,

für Deinen freundlichen Willkommensgruß bedanke ich mich sehr herzlich. Es war schade, daß wir uns nicht persönlich treffen konnten. Aber das läßt sich sicherlich bei einer anderen Gelegenheit nachholen.

Die Gespräche in der DDR waren offen und informativ.

Besonders war ich von Erich Honecker beeindruckt.

Durchsehvermögen, das Du mir wünschst, brauche ich in diesem arbeitsreichen Wahlkampf ganz bestimmt. Aber auch Du wirst für Euren Parteitag und die Volkskammerwahlen sicher viel Kraft und vor allen Dingen Gesundheit benötigen.

Beides wünsche ich Dir von ganzem Herzen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Schröder

2. Aktualisierte und ergänzte Auflage

Große Steuerreform

Weniger Steuern mehr Arbeitsplätze

Erläuterungen zur Großen
Steuerreform



sicher in die Welt von morgen **CDU**

5 gute Gründe

für eine moderne
und gerechte
Steuerreformpolitik

sicher in die Welt von morgen **CDU**

● **Große Steuerreform**
Weniger Steuer – mehr Arbeitsplätze
Broschüre DIN A4, 60 Seiten
Bestell-Nr.: **5250**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 37,90 DM

● **5 gute Gründe – für eine moderne
und gerechte Steuerreformpolitik**
Faltblatt, 6 Seiten
Bestell-Nr.: **2501**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

● **CDU-Smilie**

Nach dem großartigen Erfolg der T-Shirts und Windbreaker mit der neuen Smilie-Gestaltung sind jetzt zwei neue Werbemittel mit dem freundlichen Smilie-Aufdruck erhältlich.



● **CDU-Farbstifte „Smilie“**

Bestell-Nr.: 9250
 Verpackungseinheit: 10 Expl.
 Preis je 10 Expl.: 23,40 DM

● **CDU-Feuerzeug „Smilie“**

Bestell-Nr.: 9506
 Verpackungseinheit: 25 Expl.
 Preis je 25 Expl.: 23,75 DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
 Postfach 14 65
 59306 Ennigerloh
Fax (0 25 24) 91 13 10
 E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Rubbelkarten-Spiel mit Gewinnmöglichkeit

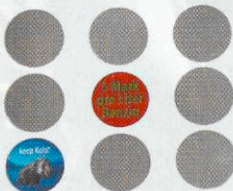
Auf neun freizurubbelnden Feldern werden vier Aussagen für die Politik der CDU sowie vier Argumente gegen Rot-Grün abgedruckt. Das neunte Feld enthält eine Joker-Funktion. Das Spiel ist so angelegt, daß die Bürger bei drei freigerubbelten CDU-Symbolen an der zentralen Verlosung eines Hauptpreises teilnehmen können. Es verliert nur derjenige, der mehrheitlich Rot-Grün betreffende Symbole freirubbelt.

Ausnahme: Wenn der Joker freigerubbelt wird, darf automatisch an der Verlosung des Hauptpreises teilgenommen werden. Zusätzliche Modalitäten wie z.B. Kleinpreise bei ein oder zwei richtigen Symbolen kann jeder vor Ort selbst bestimmen. Wir empfehlen hierfür kleine give-aways aus dem Sortiment unseres Versandzentrums.

Die Rubbelkarten sind in Einheiten zu 240 Expl. mit jeweils verschiedenen Feldern verpackt, das heißt die Gewinnfelder sind auf jeder Karte wieder neu verteilt.

Bestell-Nr.: 9497 · Verpackungseinheit: 1 Set à 240 Expl. · Preis je 1 Set: 25,50 DM

Die richtige Wahl!



Rubbeln Sie genau fünf Felder frei!
Bei einer Mehrheit der Symbolfelder nehmen Sie an der Verlosung teil. Mit einer Mehrheit ist grüner Felder haben Sie verloren!
Ausnahme: Was den Jambis Herabblitz, nimmt in jedem Fall an der Verlosung teil.
Weltklasse wählen!

CDU

Der „Renner“
am ÖA-Stand am
23. August in der
Dortmunder
Westfalenhalle

Die richtige Wahl!



Rubbeln Sie genau fünf Felder frei!
Bei einer Mehrheit der Symbolfelder nehmen Sie an der Verlosung teil. Mit einer Mehrheit ist grüner Felder haben Sie verloren!
Ausnahme: Was den Jambis Herabblitz, nimmt in jedem Fall an der Verlosung teil.
Weltklasse wählen!

CDU

UiD

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

28/1998